

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnte Beilage.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Die Zukunft der Gewerkschaften.

Es gibt in jeder Kämpferschar Wankelmütige, Mißmutige, Kampfesmüde, die resigniert die Waffen fortwerfen, um sich vom Kampfe zurückzuziehen, oder gar aus Feigheit zum Gegner überlaufen. Mit solchen Erscheinungen muß in allen Lagern gerechnet werden. Begründet sind solche Akte der Fahnenflucht im Charakter, in der seelischen Verfassung oder im Intellekt des Betreffenden. Auch die Gewerkschaften haben im Laufe der Zeit solche Beobachtungen machen und ihre Lehren daraus ziehen können.

Sofern die Fahnenflucht aus dem Verbandscharakter begründet ist, handelt es sich um solche Menschen, die jeweils ihren persönlichen Vorteil wahrnehmen, einerlei in welchem Lager. Sie gehören zur unangenehmsten Gattung unserer Mitmenschen.

Bei den seelisch Unzulänglichen handelt es sich entweder um solche Klassenangehörigen, die ewig zweifeln an sich, ihren Klassengenossen und an der Menschheit,

ihnen fehlt der unzerstörbare Glaube an unsere heilige Mission für die Arbeiterklasse,

der Glaube an die Zukunft der Arbeiterklasse, an deren Aufstieg, der nur aus der aktiven Klein- und Tagesarbeit erfolgen kann. Der Weg zum Ziel ist ihnen zu weit und sie werden sehr leicht das Opfer von Scharlatanen, die verantwortungslos genug sind, ihren unglücklichen Opfern das Ziel und das Himmelreich auf Erden schon für morgen in Aussicht zu stellen, sie brauchen nur zu wollen.

Oder es handelt sich um Klassengenossen, die weder die Vergangenheit kennen, noch fähig sind, aus Vergangenheit und Gegenwart Schlüsse zu ziehen für die vor uns liegende Wegstrecke. Kurz gesagt, ihnen fehlt der klare Blick, es fehlt die Einsicht in den Gang der Entwicklung. Mangel an seelischem Gleichgewicht und mangelnde Einsicht können beim einzelnen vereinigt oder jedes für sich ihre unheilvolle und unlogische Wirkung ausüben.

Die hier genannten Mängel gilt es zu bekämpfen, zu beseitigen. Hier hat die Schulungsarbeit einzusetzen.

Geistige Schulung ist heute die zweite Etappe der Organisationsarbeit.

Erst Agitation, Gewinnung für die Organisation, aber sofort Schulung, Bindung an die Organisation. Jeder Funktionär muß diese Arbeit zu leisten imstande sein; deshalb schulen wir die Funktionäre. Schulungsarbeit, Herstellung der geistigen Einheit unserer Mitgliedschaft, gibt unserem Verbands das massive Fundament, macht ihn zu einem Wall, an dem sich die Gegner von rechts und links die Köpfe einrennen werden. Wer in der Zeit geistiger und seelischer Zerrissenheit die Schulungsarbeit vernachlässigt, der wird die aus dieser Passivität sich ergebenden tragischen Folgen zu spät einsehen.

Hat denn der Verband noch einen Wert?

So fragt ein Zweifler, der angesichts des Lohnabbaues die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und erfolgreichere Arbeit des Verbandes fast verloren hat. Jawohl, sagen wir, die Hauptaufgaben der Gewerkschaften kommen erst.

Warum sind die Gewerkschaften entstanden? Als notwendige Gegenwehr gegen den menschenmordenden Kapitalismus.

Und obwohl wir in der Kinderzeit der Gewerkschaften Niederlage auf Niederlage erlebten, wir haben uns durchgerungen und sind größer und stärker geworden als naturnotwendige Organisationsform der Arbeiterschaft auf rein wirtschaftlichem Gebiete. Wiederholt konnten sich die Gewerkschaften nur in der Abwehr behaupten. So auch heute.

Die Gewerkschaften haben während der Krise viel Unheil abgewehrt.

Der Kapitalismus fordert zum Kampf heraus, er schlägt, nervös geworden, heftig um sich. Er benutzt dazu seine Trabanten: Nationalsozialisten und KPD. Mit ihrer Hilfe hofft er die Gewerkschaften zu zerschlagen oder doch kampfunfähig machen zu können. Wir trosten ihnen.

Der Kapitalismus weiß, daß auch wieder eine aufsteigende Konjunktur kommen muß. Hätte er diese Hoffnung nicht, so würde er sich selbst aufgeben müssen. Gelänge es ihm, die Gewerkschaften bis zum Einsetzen einer günstigen Konjunktur mit Hilfe seiner beiden Totschläger (Nazis, KPD.) zu zermürben, dann könnte für den Kapitalismus der Goldregen und für die Arbeiterschaft die Verklavung, Not und Elend in weitestem Ausmaße einsetzen. Aber das wird der feuchtsüßlichen Dreieinigkeit gegen die Gewerkschaften nicht gelingen. An unserer Einheit und Geschlossenheit wird ihre Zerstörungswut zerschanden werden.

Und wenn die Warenlager mehr und mehr geräumt sind, das Wirtschaftsbarometer aufwärts zeigt, die normale Produktion allmählich einsetzt,

dann ist die Zeit der Gewerkschaften wieder gekommen,

dann brauchen die Kollegen und Kolleginnen den Verband so notwendig wie das tägliche Brot, denn tatsächlich muß er es ihnen wieder erkämpfen. Jämmerlich wäre es dann um die Arbeiterschaft bestellt, wenn sie in kleinen, sich bekämpfenden Gruppen gegenüberständen, unfähig zum Kampfe um das Allernotwendigste. Wäsche, Kleider, Schuhe, Nahrung, Wohnung, Kulturbedürfnisse, das und noch mehr soll uns der Verband wieder erringen.

Ihr Kolleginnen und Kollegen, habt ihr eine andere als die gewerkschaftliche Waffe auf wirtschaftlichem Gebiet? Nein. Also, verteidigt mit Löwenmut die Einheit der Organisation, damit wir sie mit voller Wucht einsetzen können, wenn der Zeitpunkt da ist!

Wir holen uns das wieder, was man uns entziffen hat, und wir wollen noch mehr.

Wir wollen nicht Arbeitsklaven sein und inmitten eines unermeßlichen Überflusses an Reichümern hungern, wir wollen Menschen sein. Solange es eine kapitalistische Wirtschaftsordnung mit all ihrem Unheil für die Menschheit gibt, so lange haben die Gewerkschaften ihre Aufgabe noch nicht erfüllt. Die Arbeitszeit muß herunter, solange es noch Arbeitslose gibt. Jedem Menschen Anteil an allen Kulturgütern, keiner soll darben. Diese Aufgabe gilt es noch zu lösen. Dazu brauchen wir die Einheitsfront in den Gewerkschaften. Ein Klassenverräter, wer sie zerschlagen will. Die Zahl der Mitglieder und ihre geistige Einheit,

das ist die Kraft der Organisation!

des Verletzten infolge des Unfalls durch eine wesentliche Verschlimmerung für länger als drei Monate um mehr als 25 Prozent gemindert ist.

Hat der Verletzte zwei Jahre lang Rente von 20 v. H. der Vollrente bezogen, so fällt sie weg. Der zweijährige Bezug einer zwanzigprozentigen Rente kommt auch dann noch in Frage, wenn z. B. eine höherprozentige Rente infolge Hebung der Erwerbsfähigkeit auf eine zwanzigprozentige gemindert wird.

Ist die Rente weggefallen oder Ablauf von zwei Jahren entzogen, so ist der Anspruch auf Wiedergewährung ebenfalls nur begründet, solange die Erwerbsfähigkeit des Verletzten infolge einer wesentlichen Verschlimmerung der Unfallfolgen für länger als drei Monate um mehr als 25 v. H. gemindert ist.

Wenn nach den allgemeinen Erfahrungen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des einzelnen Falles die Erwartung gerechtfertigt ist, daß nur eine vorläufige Rente zu gewähren ist, dann kann die Genossenschaft den Verletzten nach Abschluß des Heilverfahrens durch eine Gesamtvergütung in Höhe des voraussichtlichen Rentenaufwandes abfinden.

Ist die Erwerbsfähigkeit eines als Arbeitnehmer versicherten Verletzten nach Ablauf des Zeitraums, für den er abgefunden war, durch den seinerzeit erlittenen Unfall noch um mindestens 20 Prozent gemindert, so erhält er auf Antrag weitere Unfallrente.

Nach § 559 Abs. 2 erhielt der Verletzte, dessen Erwerbsunfähigkeit die dreizehnte Woche nicht überdauerte, vom ersten Tage seiner Erwerbsunfähigkeit an für deren Dauer aus der Unfallversicherung ein Krankengeld. Dieses Krankengeld erhält er nach der letzten Notverordnung erst vom vierten Tage an. Der Anspruch auf das Krankengeld ruht im übrigen, wenn und soweit der Verletzte Arbeitsentgelt erhält.

Wenn man bedenkt, daß die Berufsgenossenschaften in den Rentenverfahren der Unfallverletzten die erdenklichsten Anstrengungen machen, um die Rentenansprüche zur Ablehnung zu bringen oder zumindest ganz niedrige Renten zu erreichen, dann bedeuten gerade die Verschlechterungen in der Unfallversicherung eine unverantwortliche Minderung des in der Reichsverfassung verankerten Schutzes der Gesundheit und des Lebens der arbeitenden Menschen.

Der Arbeitnehmer muß nach der Notverordnung also im ureigensten Privatinteresse des Unternehmers ohne Schadenersatzanspruch seine Gesundheit schädigen und den Körper verstümmeln lassen. Es ist wahrlich eine fonderbare Auslegung des Artikels 157 der Reichsverfassung.

C. Gemeinsame Vorschriften.

In allen Zweigen der Sozialversicherung gelten folgende Beschränkungen:

Kinderzuschüsse und Waisenrenten, die bisher unter bestimmten Voraussetzungen bis zur Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres bezogen werden konnten, werden jetzt nur noch bis zum fünfzehnten Lebensjahre gewährt.

Während bisher auch an Stiefkinder und Enkel Kinderzuschüsse und Waisenrenten gewährt wurden, scheiden sie nach der Notverordnung völlig aus.

Eine invalide Ehefrau erhält Kinderzuschüsse zu ihrer Rente nur dann, wenn sie für die Kinder vorher den Unterhalt ganz oder überwiegend bestritten hat.

Erhalten beide Eltern Rente aus einem Versicherungszweige (z. B. Invalidenversicherung), dann wird der Kinderzuschuß für daselbe Kind nur einmal, und zwar demjenigen gewährt, der das Kind ganz oder überwiegend unterhält.

Treffen ferner für daselbe Kind die Voraussetzungen für mehrere Waisenrenten aus einem Versicherungszweige zusammen, dann wird nur eine, und zwar die höhere Waisenrente, gezahlt.

Hat ein Versicherter die Voraussetzungen für mehrere Renten (z. B. Angestelltenversicherung und Invalidenversicherung) erfüllt, dann erhält er nur die höhere Rente.

Die Hinterbliebenenrenten (Witwen- und Waisenrenten) werden gekürzt, wenn sie insgesamt mehr betragen als die Invalidenrente des verstorbenen Versicherten. Scheidet einer von den Hinterbliebenen durch irgendeinen Umstand aus, dann erhöht sich selbstverständlich die Gesamtrente der noch Verbleibenden entsprechend.

Für die Unfallversicherung ist als Höchstbetrag der Gesamtsumme der Hinterbliebenenrenten, die den Angehörigen nach dem Tode des Verletzten gewährt werden, zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes festgesetzt.

Nach Artikel 3 des Gesetzes über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1929 erhielten Witwen von solchen Versicherten, die vor 1912 durch den Tod aus der Versicherung ausgeschieden sind und deren Angehörige bereits damals die Beitragsleistungen des Versicherten zurückgestattet erhielten, eine Witwenrente. Diese Leistung ist jetzt beseitigt. Die in Frage kommenden Witwen werden an die Wohlfahrtsfürsorge verwiesen.

Begann die Rentengewährung bisher mit dem Monat, in dem die Voraussetzungen erfüllt waren, so beginnt sie jetzt mit dem darauf folgenden Monat. Daselbe gilt auch für den Rentenanspruch.

Eingriff der vierten Notverordnung in die Sozialversicherung.

Die vierte Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 8. November 1931 bringt neben anderen Verschlechterungen des Lebensniveaus der Arbeiterschaft auch noch sehr empfindliche und vor allem ungerechte Abstriche in der Sozialversicherung.

A. Krankenversicherung.

Für die Krankenversicherung wird den Krankenkassen vorgeschrieben, die Mehrleistungen nicht mehr zu gewähren.

Sollen wieder Mehrleistungen gewährt werden, dann ist hierzu die Zustimmung des zuständigen Oberversicherungsamts erforderlich. Diese Zustimmung muß verweigert werden, wenn der höchste Beitrag fünf vom Hundert des Grundlohnes übersteigt.

Die Krankenkassen dürfen ebenfalls nur die Regelleistungen gewähren. Für die Familienhilfe dürfen sie von den Versicherungspflichtigen Zusatzbeiträge nicht mehr erheben.

Obwohl die Notverordnung den Versicherten durch eines ihrer Kapitel das Einkommen recht empfindlich schmälert, mußte sie ihnen in einem weiteren Abschnitte die Tragung der Lasten, die von den Krankenkassen bisher durch die Mehrleistungen übernommen wurden, zu. Laufende Leistungen werden hiervon allerdings nicht berührt. Eigenartige Logik und Gerechtigkeit.

B. Unfallversicherung.

In der Unfallversicherung waren es schon seit jeher die kleinen Renten, die dem gesamten Unternehmertum als völlig überflüssig und entbehrlich erschienen. Man hat daher bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Beseitigung der Renten mindestens bis zu 30 Prozent der Vollrente verlangt.

Diesem Wunsche der Unternehmer ist die Brüning-Regierung durch die vierte Notverordnung in weitestem Maße entgegengekommen.

Renten, die auf Grund einer Erwerbsminderung infolge Unfalls weniger als 20 v. H. der Vollrente betragen, werden künftig nicht mehr gewährt.

Bezieht der Verletzte jedoch auf Grund eines früheren Unfalls Verletztenrente oder Krankengeld, so wird die Rente so lange gezahlt, als die Hundertsätze dieser Verletztenrenten zusammen die Zahl fünfundsiebzig erreichen. Erhält der Verletzte z. B. wegen des einen Unfalls eine Rente von 15 Prozent und wegen eines zweiten eine solche von 10 Prozent der Vollrente, dann werden beide zusammengezählt, und der Verletzte erhält in diesem Falle eine 25prozentige Rente weiter. Mindert sich jedoch z. B. die erste Rente von 15 auf 10 Prozent, dann fällt die Rente insgesamt weg.

Ist die Rente weggefallen, so ist der Anspruch auf Wiedergewährung nur dann begründet, wenn die Erwerbsfähigkeit

Die baren Leistungen werden bei jeder Auszahlung auf 10 Reichspfennig nach unten abgerundet (bisher nach oben). Die Wartezeit der Invaliden- und Angefallenenversicherung hat durch die Notverordnung ebenfalls eine bedeutende Verschlechterung erfahren. Sie beträgt für die Invalidenversicherung 250 Beitragswochen (bisher 200). Sind jedoch weniger als 250 (bisher 100) Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht entrichtet, so dauert die Wartezeit 500 Beitragswochen. Altersinvalidenrente wird nur nach Erfüllung einer Wartezeit von 750 Beitragswochen gewährt.

In der Angestelltenversicherung dauert die Wartezeit nur noch dann 60 Beitragsmonate, wenn alle Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht geleistet worden sind. Andernfalls dauert die Wartezeit 120 Beitragsmonate.

Beim Altersruhegehalt kommt eine Wartezeit von 180 Beitragsmonaten in Frage.

Der Rentenanspruch ruht:

1. wenn Krankengeld von mindestens einmonatiger Dauer aus der Sozialversicherung oder der Kriegsbeschädigtenfürsorge bezogen wird;
2. beim Zusammenwirken mehrerer Renten aus verschiedenen Versicherungszweigen sowie bei Bezügen nach dem Reichsverforgungsgesetz und anderen Militärversorgungsgesetzen.

Pflegezulage, Führerhundzulage und Zusatzrenten bleiben außer Betracht. Als Reihenfolge für das Ruhen der Renten gilt: Knappschaftliche Pensionsversicherung, Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung.

Bei den Renten aus der Invalidenversicherung ruht zuerst der Anteil, den die Versicherung zu zahlen hat, vor dem Reichszuschuß. Auch die Hinterbliebenenrenten aus der Invaliden-, Angefallenen- und der Knappschaftlichen Pensionsversicherung ruhen neben den Hinterbliebenenrenten aus der Unfallversicherung; neben den Witwenrenten (ohne Zusatzrente) aus den Reichsverforgungsgesetzen und den Hinterbliebenenbezügen auf Grund versicherungsfreier Beschäftigung bis zur Höhe dieser Bezüge.

Die Verschlechterungen in der Sozialversicherung lassen sich zwar in ihrer Auswirkung auch nicht endgültig übersehen, fest steht jedoch, daß hier wiederum auf Kosten der Armen der Armen ein Ausgleich der Reichsfinanzen vorgenommen wird.

Hoffentlich bringt nun die in Aussicht genommene Reform der Sozialversicherung nicht noch weitere Verschlechterungen.

Diese Eingriffe in die Rechte der Versicherten zeigen hoffentlich allen denjenigen, die bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck bringen, die Arbeitnehmer haben nichts mehr zu verlieren, klar und deutlich, wieviel die deutsche Arbeiterschaft doch noch zu verlieren hat.

Für die Arbeitnehmerschaft kann eine Besserung der Lebensgestaltung auf alle Fälle nur durch beflossene Aktionen der großen, straffen Arbeiterorganisationen, der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften, erreicht werden. Diese zu stärken und zu stützen ist heiligste Pflicht jeder Arbeiterin und jedes Arbeiters.

Josef Milewczek (Hannover).

Streiks mit schwerer Strafe geahndet werden, hinderte den Herrn auch nicht, die Schale seiner Entrüstung über freigelegten Verrat auszugießen. Das Gericht kam zur Verurteilung und erkannte auf 100 Mk. Geldstrafe sowie Verkündung des Urteils im „Volkswillen“ (Hannover) und im „Proletarier“.

Ein R.O.D.-Erfolg.

„Trustkönige zittern vor der R.O.D.“, schrieb „Die Rote Fahne“, Nr. 239a vom 29. Dezember 1931, in einem dicken Balken auf der ersten Seite. Bekanntlich biegen sich die Balken der „Roten Fahne“ immer. Wie die Unternehmer zittern und die roten Balken sich biegen, dafür hier ein Beispiel.

Die R.O.D. mußte bei den Firmen „Quarzlampengesellschaft“ und „Heraeus Vakuumerschmelze“ unbedingt ihren Streik haben. 300 Arbeiter wurden auf die Strafe geheßt und der Erfolg? Bei Wiederaufnahme der Arbeit hat die Firma „Quarzlampe“ allen Arbeitern nachstehenden Befehl ausgehändigt:

Zur Beachtung! Alle bei uns bisher üblichen Sonderprivilegien sind aufgehoben, weil die Überbezahlung, die wir durch bisherige Sonderprivilegien bis jetzt geleistet hatten (und deren Höhe sich jeder für sich und die Belegschaft ausrechnen soll), leider nicht anerkannt worden ist. Es war für uns eine recht grobe und üble Enttäuschung, daß trotz dieser Sonderzahlungen gerade unsere Belegschaft uns, als einzigem Unternehmen in der ganzen Frankfurter Gegend, einen so großen geschäftlichen Schaden durch ihre Arbeitsniederlegung in dieser ohnehin so schweren Zeit zugefügt hat.

- Wir sind jetzt gründlich kurier!
- Aufgehoben sind:
1. der Einheitsurlaub (14 Tage, dazu 15 Mk. Urlaubsgeld);
 2. die Kartoffel- und Winterbeihilfe (jeweils 20 Mk.);
 3. die Bezahlung von Feiertagen;
 4. die bisherige Bezahlung der 1/2stündigen Frühstück- und Vesperpause;
 5. die bisherige Bezahlung der je 5 Minuten vor der Tischpause und vor Arbeitschluss;
 6. die Karenzzeit von 7 Minuten bei Arbeitsbeginn. Nur die tatsächlich pünktlich begonnene Arbeitszeit wird bezahlt;
 7. die sonst nirgends mehr übliche Beihilfe für die Arbeitskleidung der Metallschleifer fällt fort.
- So sehen die R.O.D.-Erfolge immer aus.

Der R.O.D.-Redaktionseifel.

Im „Proletarier“ Nr. 51 vom 19. Dezember 1931 erschien eine Einlage mit der Überschrift: „Wer zerlegt die Wirtschaft?“ In dieser Einlage wird Professor Bonn zitiert, der nachweist, daß die Kapitalisten selbst ihr Wirtschaftssystem zerlegt, nicht die Arbeiter. Daran hängt Professor Bonn dann den höhennenden Satz, die Arbeiter hätten zur Zeit nur den Wunsch, es möchten sich wieder Kapitalisten finden, die ihnen Arbeit geben.

Das hat der Redaktionseifel von der kommunistischen „Neuen Arbeiter-Zeitung“ in Hannover nicht begriffen. Die Nr. 3 vom 5. Januar 1932 der genannten Zeitung befaßt sich in ihrer bekannten läppischen Art mit dem Zitat und ist empört darüber, daß Professor Bonn annimmt, es könnte Arbeiter geben, die den Wunsch haben, bei Kapitalisten Arbeit zu bekommen. Heilige Einfalt. Vielleicht kann die R.O.D. den Arbeitslosen Arbeit geben.

An das Zitat aus Professor Bonns Ausführungen hatten wir die Bemerkung gehängt:

„Wer diese Tatsache immer noch nicht begriffen hat, der ist geistig so minderwertig, daß er einen Rechtsanspruch hat auf die Ehrenmitgliedschaft in der R.O.D.P.“

Daß sich hierzu an erster Stelle die „Neue Arbeiter-Zeitung“ meldet, ist selbstverständlich.

Außerdem will das Kommunistenblatt ihrem Zwillingbruder, dem Nazi, zu Hilfe kommen; das erfordert schon die treue Waffenbrüderschaft. Die Gemeinschaft der beiden zeigt sich auch in der Aufmachung ihrer Presse. Links- wie Rechts-Volkswissenschaften leben geistig von Schmutz, Gemeinheit, Flegelerei. Außerdem: Wer seinen Nebenmenschen ohne Ursache für einen Lumpen hält, der beurteilt seine Umwelt aus seiner moralischen Existenz heraus und unter einem Zwange handelnd, dem er sich nicht entziehen kann.

R.O.D.-Redakteure wegen Verleumdung bestraft.

Die Redakteure der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ in Frankfurt am Main haben mit Datum vom 20. April 1931 einen Artikel veröffentlicht, überschrieben „Generalalarm“.

In diesem Artikel wird Schuß der roten Betriebsräte gefordert. Es wird die Frage aufgeworfen, auf welcher Seite der Barrikaden die Sozialdemokratie steht, und ferner wird darauf hingewiesen, daß der Fabrikarbeiterverbandsekretär im Aufsichtsrat der J.-G. Farben sitze und dafür schweres Geld beziehe.

Unser Verbandsvorsitzender, Kollege Thiemig, und unser Ganleiter, Kollege Louis Bruns in Frankfurt am Main, strengten Klage an. Obwohl in anderen gleich gelagerten Prozessen die Gerichte beide Kollegen als Kläger zuließen, hat sich das Amtsgericht Frankfurt am Main auf den Standpunkt gestellt, daß nur der Ganleiter Bruns als Kläger auftreten könne. Wegen Verleumdung dieses Kollegen hat das Gericht am 19. Dezember 1931 die Redakteure Manbach (Stuttgarter) und Hänsler (Frankfurt) gesamtvorbündlich zu einer Geldstrafe von je 50 RM verurteilt.

Zur Begründung wird u. a. folgendes ausgeführt:

Die von dem Angeklagten zu 2 aufgeführten Tatsachen, die von dem Privatkläger nicht bestritten worden sind, sind nicht geeignet, dem Wahrscheinlichen zu dienen. Die Tatsache, daß der Sekretär die Aktien des Fabrikarbeiterverbandes in den

Generalversammlungen der J.-G. Farben vertreten hat und vertritt, beweist dafür, daß er im Aufsichtsrat der J.-G. Farben sitzt und dort schweres Geld bezieht, nichts. Die Aktien in Höhe eines relativ geringen Betrags von 20 000 RM sind nach der unwiderlegten Darstellung des Privatklägers von dem Fabrikarbeiterverband lediglich deshalb erworben worden, um bei den Generalversammlungen der J.-G. Farben eine Vertretung des Verbandes und damit der Interessen der Arbeiter zu ermöglichen. Im übrigen lassen die beanstandeten Ausführungen in keiner Weise erkennen, daß lediglich gemeint sein sollte, die Ausbenützung bestimme in Dividendenbezug. Vielmehr ist der Artikel so gefaßt, daß jeder Leser den Eindruck gewinnen muß, der Fabrikarbeiterverbandsekretär beziehe schwere Gelder dafür, daß er im Aufsichtsrat der J.-G. Farben sitze. Diese Behauptung ist nicht erweislich wahr. Sie ist geeignet, den Privatkläger verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Die Angeklagten waren deshalb als verantwortliche Redakteure (§ 20 Preßgesetz) wegen gemeinschaftlich begangener öffentlicher übler Nachrede, Vergehen strafbar nach den Paragraphen 183, 200 StGB, zu verurteilen. Bei der Bestimmung der Strafhöhe hat das Gericht straffschärfend berücksichtigt, daß an den Ausführungen kein wahres Wort ist und daß auch die Angeklagten sich mit Leichtigkeit von der Unrichtigkeit hätten überzeugen können. Andererseits wurde in Betracht gezogen, daß es sich offensichtlich um eine Entgleisung im politischen Kampf gehandelt hat.

Unter Würdigung aller Umstände konnte das Vergehen der Angeklagten durch die erkannten Geldstrafen von je 50 RM, hilfsweise von je 10 Tagen Gefängnis, als ausreichend gesühnt gelten.

Das System der R.O.D.

Die „Rote Fahne“ Nr. 237 vom 10. Oktober 1930 machte der Leitung unseres Verbandes den Vorwurf, ein „Scheinabkommen“ über den Lohnabbau mit dem Chemiekapital getroffen zu haben. Nachdem ein Jahr und vier Monate verstrichen sind, fand am 6. Januar vor dem Amtsgericht in Hannover Terrain statt. In dem Artikel wurde behauptet, die Verbandsleitung habe sich verpflichtet, den Mantelvertrag in der chemischen Industrie nicht zu kündigen, aber den Unternehmern das Recht eingeräumt, jederzeit die Akkordpreise zu ändern. Auf Grund des Schandparagraphen werde seit Jahren ein dauernder Raub an den Arbeitergehältern durchgeführt. Das habe aber den Unternehmern nicht genügt. Sie verlangten auch die Zustimmung, die tarifmäßigen Hungerlöhne noch senken zu können. Die Verbandsleitung sei auch bereitwillig diesen Forderungen der Unternehmer nachgegeben. Der Schlußsatz klang in der Aufforderung aus: Die Chemiewerker müßten sich unter Führung der R.O.D. entschieden gegen den Verrat der Fabrikarbeiterverbände zur Wehr setzen. Mit dem Schluß war der Artikel gekennzeichnet als ein Vorstoß gegen die wirtschaftliche, tatsächliche, gewerkschaftliche Kampfmäßnahme unseres Verbandes. Aber der Anwalt des Angeklagten Steffens machte geltend, es handle sich um einen politischen Artikel, für den nicht Steffens, sondern der Reichstagsabgeordnete Schaefer verantwortlich sei. Der frühere Artikel umfasse handelswirtschaftliche, gewerkschaftliche und wirtschaftliche Fragen. Ein wahrer Irrgarten der Redaktionsführung. Steffens' Anwalt, der kommunistische

Abgeordnete Löwenthal, nannte aus dem Aufsatz ungefähr ein halbes Dutzend Themen. Alles sei Politik. Der Gerichtsvorsitzende glaubte gern, daß es sich um eine rein parteipolitische Sache handle, daß die freien Gewerkschaften keine anderen Aufgaben haben, als die kommunistische Partei zu bekämpfen. Er müsse freisprechen, wenn die Klage nicht zurückgezogen würde. Einen Freispruch hatte der edle Steffens nicht verdient. So wurde die Klage zurückgezogen.

Dann stand ein Aufsatz aus dem Oktoberheft 1930 der Zeitschrift „Betrieb und Gewerkschaft“, Organ für „marxistische Strategie und Taktik“, zur Verhandlung. Über marxistische Strategie und Taktik zu reden, scheint der Verteidiger Herr Löwenthal, Vorsitzender des Schlichtungsausschusses und Syndikus des Handelsgremiums in Bamberg, der im Jahre 1922 Syndikus in Stuttgart war, besonders betrauen. Der Mann behauptete von den freien Gewerkschaften, daß sie Verrat üben, weil sie nicht mehr so kämpfen wie früher. Dieser Unternehmer Syndikus weiß nichts davon, daß die freien Gewerkschaften gekämpft haben, um Tarifträger zu werden. Daß insbesondere unser Verband auch heute noch auf dem Standpunkt steht, den er nach seiner Gründung eingenommen, in seinem Streikreglement niedergelegt hat und der auf allen Verhandlungen zur Geltung gekommen ist, auch noch auf dem Verbandstag in Hamburg, obwohl Steffens seine Anhänger besonders mobilisierte. Nicht Streik um des Streiks willen, sondern was durch Verhandlungen zu erreichen ist, muß durch Verhandlungen erreicht werden. Daß in Anblik Verhandlungszwang herrscht und

Der neue Posttarif. Gebührenentung am 15. Januar.

Im Amtsblatt des Reichspostministeriums ist jetzt die Verordnung zur Änderung der Postordnung veröffentlicht worden. Die Ermäßigungen treten am 15. Januar in Kraft.

Es werden also künftig erhoben: 1. für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 12 Pf., über 20 bis 250 Gramm 25 Pf., über 250 bis 500 Gramm 40 Pf.; 2. für Postkarten im Fernverkehr 6 Pf.; 3. für Pakete die in der nachfolgenden Übersicht zusammengestellten Gebührensätze, zu denen bei Nichtabholung eine Zustellgebühr von 15 Pf. für jedes Paket hinzutritt, die auch vom Absender vorausbezahlt werden kann. Der Freimachungszwang für Postpakete wird gleichzeitig aufgehoben, für nicht freigemachte Pakete bis 5 Kilogramm einschließlich wird neben dem Fehlbetrag ein Gebührensatzschlag von 10 Pf. nachgehoben. Die neuen Paketgebühren betragen im einzelnen:

Für Pakete*	Gebühr									
	1. Zone bis 75 km		2. Zone über 75 bis 150 km		3. Zone ab 150 bis 375 km		4. Zone ab 375 bis 750 km		5. Zone über 750 km	
	Rh.	S.	Rh.	S.	Rh.	S.	Rh.	S.	Rh.	S.
bis 5 kg	—	30	—	40	—	60	—	60	—	60
über 5-6 kg	—	35	—	50	—	80	—	90	1	—
„ 6-7 kg	—	40	—	60	1	—	1	20	1	40
„ 7-8 kg	—	45	—	70	1	20	1	50	1	80
„ 8-9 kg	—	50	—	80	1	40	1	80	2	20
„ 9-10 kg	—	55	—	90	1	60	2	10	2	60
„ 10-11 kg	—	65	1	05	1	80	2	35	2	90
„ 11-12 kg	—	75	1	20	2	—	2	60	3	20
„ 12-13 kg	—	85	1	35	2	20	2	85	3	50
„ 13-14 kg	—	95	1	50	2	40	3	10	3	80
„ 14-15 kg	1	05	1	65	2	60	3	35	4	10
„ 15-16 kg	1	15	1	80	2	80	3	60	4	40
„ 16-17 kg	1	25	1	95	3	—	3	85	4	70
„ 17-18 kg	1	35	2	10	3	20	4	10	5	—
„ 18-19 kg	1	45	2	25	3	40	4	35	5	30
„ 19-20 kg	1	55	2	40	3	60	4	60	5	60

* Im Paketverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich wird die Gebühr der jeweilig nächstniedrigeren Zone in Ansatz gebracht.

Jugendbewegung. Jugend in Not.

In der jetzigen Notzeit, der Wochen und Monate schwersten wirtschaftlichen Niederganges, macht sich besonders die Zunahme der Zahl jugendlicher Erwerbsloser stark bemerkbar. Es ist ein Jammer, zu sehen, daß von fünf Millionen Arbeitssuchenden zirka 700 000 Jugendliche unter 20 Jahren sind. Für den Winter 1931/32 wird mit einem Anwachsen dieser Zahl bis zu einer Million gerechnet. Von diesen 700 000 jungen Menschen bekamen am 15. Juli 1931 ganze 165 000 nach vorheriger Bedürftigkeitsprüfung Arbeitslosenunterstützung. Das sind gut 23 Prozent. Es gingen also 80 Prozent leer aus. Nach Wahrscheinlichkeitsberechnungen sind zirka 8-9 Prozent der jugendlichen Bevölkerung arbeitslos. Diese jungen Menschen, die zum Teil schon ein Jahr und länger auf Arbeit warten, wieder in den Produktionsprozess einzureihen, muß eine unserer vornehmsten Aufgaben sein. Natürlich ist dieses im gegenwärtigen Moment unmöglich, weil ja täglich ältere Männer und Frauen entlassen werden. Aber bei Wiederbelebung des Arbeitsmarktes, die wir alle wünschen und hoffen und die wohl auch bestimmt kommen wird, müssen wir es uns angelegen sein lassen, etwas Entscheidendes für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu tun.

Schweren seelischen und moralischen Gefahren ist dieses große Heer von jugendlichen Erwerbslosen ausgesetzt. Unterstützung gibt es, wie schon gesagt, in vielen Fällen nicht. Viele sind auf Grund langer Erwerbslosigkeit ausgezehrt und bekommen Krüpen- oder Wahnkrankenunterstützung. Wenige Großen nur; es bleibt in den meisten Fällen nicht ein einziger Pfennig für kulturelle Bedürfnisse übrig.

Da gibt es auf Grund dieses finanziellen Abhängigkeits zu Hause bei der Familie immer ein gewisses Anecken und das Zusammenleben ist in vielen Fällen ein unharmonisches. Der Vater ist in vielen Haushaltungen der einzige Verdienender. Wenn der morgens zur Arbeit geht, ist es bestimmt ein peinligendes Gefühl, als junger Mensch zu Hause bleiben zu müssen und seine gesunden Glieder dem Nichtstun zu überlassen.

Zum erstenmal fand am 25. Januar 1931 eine gemeinsame Tagung der in dem Jugendbeirat der Kammer für Arbeiter und Angestellte vereinigten Jugendorganisationen statt. Auf dieser Tagung wurde eine Entschließung angenommen, in der auf die Gefahren der Arbeits- und Berufslosigkeit für die Jugendlichen

hingewiesen wurde. Unter anderem wurde verlangt: die Schaffung von Vorlehrwerkstätten und die Einwirkung auf die Großindustrie, bei gegebenen technischen Voraussetzungen Lehrlinge einzustellen. Nach französischem Muster soll eine Lehrlingssteuer für solche Betriebe eingeführt werden, die sich der Lehrlingsausbildung entziehen. — Gefordert wurde weiter: die Schaffung von Tagesheimen für arbeitslose Jugendliche und die Heranziehung Jugendlicher zu Koloniarbeiten.

Viele werden zu Ostern wieder die Schule verlassen, denen es schwer fällt, eine Arbeits- oder Lehrstelle zu finden. Im Interesse dieser dürfte die geforderte Lehrlingssteuer sehr angebracht sein. Da es nicht möglich ist, den Jugendlichen Arbeit zu geben, so muß versucht werden, sie auf andere Weise zu beschäftigen. Es gibt überall geeignete Räume, die mit wenig Mitteln zweckentsprechend eingerichtet werden könnten. Vor allen Dingen muß darauf geachtet werden, daß diesen Tagesheimen der übliche Wärmecharakter genommen wird. In Wien hatte man Anfang Dezember 1931 eine große Tagesheimaktion aufgerufen und es bestanden seit Ende Dezember 1930 dort rund 40 solcher Heime. Die meisten derselben werden von der sozialistischen und freigewerkschaftlichen Jugend geleitet.

Wichtig sind des weitern sogenannte Freizeitkurse, bei denen die Teilnehmer in Jugendberbergen und Ferienheimen zusammengefaßt werden, um zwei bis drei Wochen durch Vorträge, Sport und Spiel von der Not des Augenblicks abgelent zu werden. Von den Gewerkschaften sowie auch von der Arbeiterjugend (G.A.J.) sind schon viele solcher Kurse abgehalten worden.

Unsere Jahrestelle Kottbus-Senftenberg hatte vom 26. Oktober bis 8. November 1931 einen derartigen Kursus organisiert. 33 Jugendliche, durchweg 17—19 Jahre alt, nahmen daran teil. Das Programm sah in anderem Vorträge über „Arbeiter-schutzbestimmungen in der Glasindustrie“, „Die Aufgaben des Arbeitssamts“, „Berufsständlicher Unterricht“, „Arbeits- und Koalitionsrecht“ und Lichtbildervorträge vor, und dazwischen gab es Wanderungen.

Bei allen diesen Kursen, die veranstaltet werden, hat man es stets mit einer dankbaren Zuhörerschaft zu tun, und die freudigen Mienen, die man immer sieht, beweisen, wie gern solche Kurse besucht werden. Leider haben in letzter Zeit Arbeitsamt und Kommune in vielen Fällen die finanzielle Unterstützung verweigert.

Allen aber, bei denen es mit davon abhängt, ob Zuschüsse für die kulturellen Bedürfnisse der Jugend gegeben werden oder nicht, sei zugerufen: „Tut etwas für die Jugend, und ihr tut etwas für die Erhaltung der demokratischen Staatsform!“ Georg Alborn.

Frage und Antwort.

Kollege, mich beschäftigt alle Tage nur eine Frage:

Behört deine Hand noch fest dem Verband? Oder denkst du bereits so wie die Wähler der R.O.D.?

Iberlege,

die Moskower gehen andere Wege. Was wir in langem Ringen geschaffen, wollen sie plötzlich an sich raffen.

Moskau befehlt!

Darum sieh zu, daß ein Phrasen nicht stiehlt, was du in Not und Entbehrung errungen,

was du jahrelang vom Gegner erzwungen. — Und wenn sie kommen und rufen: „Hallo, Hilfe bringt allein die R.O.D.“

Dann, Kollege, nimm den Verband fest in die Hand!

Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft kann dich lehren,

ob du jemals kannst den Verband entbehren.

Und lockt sie weiter, die falsche Pest,

Kollege, bleibe fest!

Und schwöre aufs neue

nur deinem altbewährten Verbände die Treue!

A. E. R.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Konservenindustrie im Unternehmerurteil.

Jeweils am Jahresabschluss nehmen einige maßgebende Herren aus der Konservenindustrie in der Fachzeitschrift „Die Konservenindustrie“ zur Lage der Industrie Stellung, so auch wieder in Nr. 53 dieser Zeitschrift vom 31. Dezember 1931. Herr Dr. Gebel (Mainz) nimmt in einem Artikel zur allgemeinen Wirtschaftslage Stellung. Für die Konservenindustrie fordert er Maßnahmen der Regierung gegen den Import von Obst und Gemüse und zur Steigerung des Verbrauchs von inländischen Konserven. Es heißt dann wörtlich:

„Wie segensreich könnte hier die deutsche Konservenindustrie, ähnlich wie im Kriege, durch umfangreichere Verarbeitung von inländischem Obst und Gemüse wirken, wenn sie seitens der Regierung die Gewähr bekäme, daß ihre Produkte in gebührender Weise vor Auslandskonkurrenz geschützt werden.“

Herr Dr. G. fordert aber noch folgendes:

„Es wird vielmehr eine gewisse Sichtung und Begrenzung der Betriebsstätten vorgenommen werden müssen, um in diesen selbst dann um so leichter eine auf Gegenseitigkeit beruhende industrielle Qualitätskontrolle, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit amtlichen Organen, vorzunehmen. Das kulturell so hochstehende deutsche Volk soll nicht etwa durch die Anschaffung ausländischer Produkte auf minderwertige Fabrikate angewiesen werden, wie dies teilweise unter dem Zwange der Kriegsverhältnisse wohl notwendig war.“

Also der Staat soll nicht nur die Einfuhr von frischem Obst und Gemüse unterbinden, er soll auch regelnd in die Produktion eingreifen. Er soll bestimmen, welche Betriebe arbeiten dürfen. Daß der Staat auch die Preise festsetzen soll, davon sagt Dr. G. nichts. Das will er scheinbar den Arbeitgebern überlassen. In anderer Stelle sagt Dr. G.:

„Es darf nie wieder vorkommen, daß die deutschen Märkte mit ausländischem Frischobst (insbesondere auch Südfrüchten) und Trockenobst sowie Frischgemüse übersättigt werden, während deutsche Obst- und Gemüsekonserven keinen Absatz finden, wie dies namentlich im Produktionsjahr 1930/31 der Fall gewesen, wie amtliche statistische Erhebungen ergeben haben.“

Also: Absperrung gegen jede Einfuhr von Frischobst und -gemüse, Ausschaltung der Konkurrenz! Die Preise regeln die Fabrikanten selbst, daß den Konsumenten die Augen übergehen. Es dürfte Herrn Dr. G. nicht unbekannt sein, daß im Jahre 1930 3,5 Millionen Doppelzentner Frischobst, 4,5 Millionen Doppelzentner Frischgemüse und 5,6 Millionen Doppelzentner Südfrüchte nach Deutschland eingeführt worden sind. Woher sollen denn diese Früchte auf einmal genommen werden? Die große Einfuhr an diesen Artikeln zeigt doch davon, daß in Deutschland nicht genügend erzeugt wird. Selbst die Konservenindustrie bezieht ihre Rohstoffe zum Teil vom Ausland.

Als zweiter nimmt Herr Prof. Dr. Kanter (Braunschweig) das Wort. Er sagt: die Konservenindustrie sei eine Gebrauchsmittelindustrie, es sei ihr insoweit etwas besser ergangen als anderen Industriezweigen. Sie stelle aber auch Verluste her. Der Absatz hierin sei schlechter geworden. Das Jahr 1931 habe sehr schlecht angefangen. Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse wirkten sich produktionshemmend aus. Dann heißt es wörtlich:

„Die Beamtgehälter mußten in drei Phasen erheblich gekürzt werden. Die Auszahlung der Monatsgehälter erfolgte jeweils in drei Raten, die Arbeitslosen- und Krisenlöhne wurden herabgemindert. Daneben wurden, wenn auch in nicht zu reichendem Maße, die Löhne gefenkt. Alle diese Maßregeln bedeuteten eine Abminderung der deutschen Kaufkraft bei einer Verstärkung des Angebots.“

Daß der Abbau der Gehälter und der Löhne die Kaufkraft schwächt, haben wir bei jeder Lohnverhandlung gesagt. Die Arbeitgeber haben das zugegeben. Es wird auch hier wieder zugegeben. Trotzdem haben auch die Unternehmer der Konservenindustrie den Lohnabbau durchgesetzt und die Kaufkraft nach ihren eigenen Worten geschwächt. Im gleichen Atemzuge aber sagt Prof. Dr. K., die Löhne seien noch nicht genügend abgebaut. Also müssen nach seiner Auffassung die Löhne noch weiter abgebaut werden, damit die Kaufkraft weiter geschwächt wird und damit die Konservenindustrie dann ganz zugrunde geht. Das ist ein Neujahrswunsch ohne Logik.

Weiter heißt es, daß zu Beginn des Jahres große Bestände nur bei Bohnen vorhanden waren. Die günstigen Ernten konnten 1931 nur zum Teil ausgenutzt werden. Obwohl die Preise sehr knapp kalkuliert seien, finde man immer noch Preisunterbietungen. Wörtlich:

„Die Zahl der finanziell notleidenden Fabriken, deren Waren verschleudert wurden, stieg stark. Erst als es offenbar wurde, daß die Vorräte so gering waren, daß der wirkliche Bedarf des Winters zum kommenden Frühling nicht gedeckt werden kann, trat eine gewisse Beruhigung des Marktes ein. Diese Beruhigung hatte ein gewisses Anziehen der Preise zur Folge, die zwar zur Stunde noch nicht auskömmlich sind, aber doch keine offensibare Verschleuderung des Vermögens mehr darstellen.“

Die armen Aktionäre.

Stöhnend ringen sie die Hände, schimpfend auf die schlechte Zeit; immer nimmt sie noch kein Ende, diese Arbeitslosigkeit.

Sie, die niemals sich den Magen vollgepfropft mit trockenem Brot; sie sind's, die am meisten klagen über Krise, Wirtschaftsnof.

Um dem Übelstand zu steuern, um die Not vom Thron zu stürzen, fangen wieder sie zu feiern an das Lied vom Lohnkürzen.

H. G.

Die Verschleuderung der Ware war also auf ein überernüßes Handeln zurückzuführen. Man wußte nicht, woran man war. Nachdem man eine Übersicht über die Vorräte gewonnen hatte, stiegen die Preise, wenn auch nach Ansicht von Prof. Dr. K. zu spät; aber eine Besserung ist eingetreten. Und zum Schluß:

„Im allgemeinen kann man beobachten, daß Qualitätsware Käufer findet und Preise erzielt. Diejenigen Fabrikanten, die abfallende Qualitäten auf den Markt bringen, finden keine Abnehmer, selbst wenn sie die Ware halb verschenken. Das Publikum ist zwar notgedrungen auf niedrige Preise angewiesen; trotzdem finden gute Qualitäten Absatz, während abfallende Ware zurückgewiesen wird.“

Das sieht gerade nicht danach aus, daß die Konservenindustrie besondere Not leidet. Daß der Konsument für sein Geld gute Ware haben will, wird ihm niemand verdenken. Man stelle also Qualitätsware her, dann ist auch Absatz vorhanden.

Als dritter ergreift Herr Direktor R. Hempel für die Konservenindustrie im Freistaat Sachsen die Feder. „Sachsen braucht Arbeit“, so leitet er seinen Artikel ein und sagt, diesen Ruf habe die sächsische Industrie zu Beginn des Jahres 1931 ausgestoßen. Arbeit brauchen wir anderwärts auch, nicht nur in Sachsen. Wenn Sachsen mehr von der Krise in Mitleidenchaft gezogen ist als andere deutsche Gebiete, dann liegt das daran, daß der Freistaat Sachsen stark industriell durchsetzt ist. Die allgemeine Situation habe auch auf die Konservenindustrie übergegriffen. Wörtlich heißt es:

„Die sächsische Konservenindustrie hat sich von diesem Entwicklungsgange nicht auszuschließen vermocht, wenn ihr auch die krassen Erscheinungen mancher Industriezweige erspart geblieben sind. Immerhin sind verschiedene Betriebe auf der Strecke geblieben, und ein Teil hat stark eingeschränkt arbeiten müssen. Auch hier ist insofern eine Umgruppierung erfolgt, als eine ganze Anzahl kleiner Betriebe entstanden ist. Die Konservenindustrie bietet ja so leicht die Möglichkeit, mit wenig Apparaten und in verhältnismäßig kleinen Räumen die Fabrikation in beschränktem Maße aufzunehmen.“

Würde man etwas planmäßiger vorgehen, dann würden wir auch nicht so viele Konkurse haben.

Herr Direktor H. sagt dann:

„Wenn das Krisenjahr 1931 besonders den Konservenfabriken viel zu schaffen machte, um so mehr, als die Beschaffung der erforderlichen Kredite fast unmöglich wurde, so ist es den meisten Betrieben doch gelungen, sich zu behaupten. Gegenüber 1930 ist vielleicht sogar eine kleine Produktionssteigerung festzustellen. Der Absatz war in Sachsen allgemein befriedigend. Die zu erzielenden Preise befriedigten dagegen oftmals nicht.“

In anderer Stelle wird ausgeführt, daß die Bestände sich in normalen Grenzen halten. Es sei damit zu rechnen, daß die Läger bis zum Beginn der neuen Kampagne geräumt sein würden. Erfreulich sei, daß zu Ende des Jahres die Dosenpreise zurückgegangen sind. Dieses könne sich aber erst im nächsten Jahre auswirken. Für die Zukunft sagt Direktor H.:

„Für das kommende Jahr haben wir nun Vorkriegspreise für die Dosen. Auch die Rohwarenpreise werden nicht höher liegen als vor dem Kriege. Man rechnet sogar, daß z. B. die Preise für Spargel sich im Durchschnitt auf 25 Pf. je Pfund stellen werden, somit wesentlich unter Vorkriegspreisen. Auch die Löhne sind rückgängig. Es ist daher anzunehmen, daß wir ähnliche Konservenpreise wie 1913/14 haben werden.“

Nach Auffassung von Direktor Hempel sieht es also nicht so schlimm aus, wie es Herr Dr. Gebel (Mainz) schildert. Vorräte für das kommende Jahr sind wenig vorhanden. Zu Beginn des Jahres 1931 klagte die Industrie über große Vorräte. Wenn im Jahre 1931 die Produktion nicht in vollem Umfange angenommen wurde, so war das mit darauf zurückzuführen, daß noch große Vorräte vorhanden waren, die erst abgebaut werden sollten. Mit den großen Vorräten ist nun aber aufgeräumt. Die finanziellen Hemmnisse bei der Produktion kamen erst im Laufe des Jahres.

Fassen wir zusammen: Herr Dr. G. erhofft alles Heil vom Staate. Hilft dieser nicht, dann kann die Konservenindustrie ihre Produkte nicht absetzen. Herr Prof. Dr. K. und Herr Dr. Hempel sagen aber, daß die Industrie keine großen Vorräte hat, die sie zweifellos absetzen kann. Die Vorräte reichen jedoch für normale Zeiten bis zum nächsten Frühjahr. Würde also die Regierung dem Rotschrei des Herrn Dr. G. folgen und die Einfuhr für Obst und Frischgemüse sperren, dann hätten wir keine frische Auslandsware, aber auch keine Konserven. Denn große Vorräte sind ja nicht mehr da. So, wie Herr Dr. G. es will, wird es also nicht ganz gehen. Dieser Widerspruch bei den verschiedenen Herren ist wie folgt zu erklären: Herr Dr. G. sitzt in Mainz. Die sächsische Konservenindustrie hat in den letzten Jahren stark verloren. Der Staat soll diesen Rückgang durch Schutzzölle ausbügeln. Herr Direktor Hempel sitzt in Sachsen. Die sächsische Konservenindustrie ist in den letzten Jahren vorwärts geschritten; sie hat die Produktion von Süddeutschland zum Teil nach Sachsen hingezogen. Daher urteilt man in Sachsen anders. Daß Herr Prof. Dr. Kanter die Löhne noch weiter abbauen will, um so nach seinen eigenen Worten die Kaufkraft noch weiter zu schwächen, das ist Unternehmerlogik. Im übrigen haben die anderen beiden Herren bei ihren diesjährigen Neujahrswünschen nicht so stark über die Senkung der Kaufkraft geklagt wie früher. Vielleicht sind sie jetzt etwas konsequenter geworden. Man darf nicht dauernd über zurückgehende Kaufkraft

klagen, wenn man selbst durch den Abbau der Löhne die Kaufkraft befestigt.

Hoffen wir, daß die Optimisten für das neue Jahr recht behalten, und daß die Konservenindustrie im neuen Jahre gute Beschäftigung hat. Im Interesse der Konservenarbeiter und -arbeiterinnen wäre das durchaus wünschenswert. Im Jahre 1931 wurden selbst während der Hochsaison Feierschichten eingelegt. Das sollte aber im Jahre 1932 nicht vorkommen; wir haben zu viele Arbeitslose. E. Senkfeil.

Papier-Industrie

Kampfausschüsse sind die Rettung!

Es riecht nach Wodka und Harzburger Käse, wenn Stalin-knechte und Sillertrabanten sich paaren, um aus der Brüning-Notverordnung eine faschistisch-revolutionäre Gewerkschaftskuh zu machen, die keine Regierung und kein Unternehmer-syndikus mehr melken kann. Freudetrahlernd berichtet der roke „Fabrikarbeiter“, das Leib- und Magenorgan aller kommunistisch eingestellten Revolvergewerkschaftler, daß in der Papierfabrik Penig ein „Kampfausschuß“ gebildet wurde, dem angehören:

- a) 9 Mitglieder der R.O.D.,
- b) 3 Mitglieder der freien Gewerkschaften und
- c) 2 Mitglieder der Hitler-Nazis.

Also Kampfausschüsse ist die Moskauer Lösung, nicht etwa zum Einsetzen gegen die Reichsregierung — ach! nein, das riecht zu stark nach Pulver —, desto mehr aber gegen die freien Gewerkschaften, die natürlich, wie immer, die Alleinschuldigen an der vierten Notverordnung — und ihren Gläubigbestimmungen sind. Deshalb, Arbeitsschwefelern und Klassen-genossen, verprügelt euch, treibt Brüdermord, seid uneinig bis zur Bewußtlosigkeit, nur so kann das Unternehmertum kaputtgemacht, die Notverordnung zertrümmert, die Reichsregierung trotz ihrer bewaffneten Macht und trotz „Streikverbot“ beseitigt werden! So ungefähr müßte die Parole lauten, wenn Nazis und Kozis auf Grund ihrer tatsächlichen Kampfes- und Handlungsweise gegen die freien Gewerkschaften den Mut zur Wahrheit hätten.

Die Parolenschuster der Hitler und Stalin haben kein Recht, auf den Gewerkschaften herumzutampeln, die Klassenkämpferorganisationen der Arbeiterschaft zu zerschlagen, solange sie nicht nachweisen können, daß es in ihren Ideal-Diktatur-Staaten der Arbeiterklasse besser geht als in Deutschland, daß ihre kindlichen Parolen die Kulturoßker aus dem Wirtschaftselend herausführen. Sehen wir uns die roten roten und die Braunen einmal an:

Das Moskauer Arbeiterparadies.

Vor einigen Wochen brachte Günter Stein aus Moskau im „Berliner Tageblatt“ einen Originalbericht über die dortigen Zustände, der zugunsten der Sowjetrepublik außerordentlich wohlwollend abgefaßt war. Stein belegte seine Angaben auch mit festgestellten Preisen. Wir haben daraus folgende Zusammenstellung gemacht (auf Grund des russischen Goldkurses von 2,16 Reichsmark für den Rubel in Reichsmark umgerechnet):

Bedarfsartikel	Preise in			
	freien Läden in Rubel	in RM.	Markengeschäften in Rubel	in RM.
1 kg Reis	2,75	5,94	0,38	0,83
1 kg Rindfleisch	6,—	12,96	1,—	2,16
1 kg Butter	18,—	38,88	4,10	8,86
1 kg Zucker	2,50	5,40	0,58	1,25
1 kg Heringe	3,—	6,48	0,65	1,40
1 Liter Milch	2,—	4,36	0,30	0,65
1 Paar Schuhe	64,—	138,24	22,65	48,92

Zur Erläuterung dieser Preise muß hervorgehoben werden, daß die „niedrigeren Preise“ in den Markengeschäften nur von Gewerkschaftsmitgliedern in Anspruch genommen werden können. Dafür müssen die Arbeiter und deren Frauen — genau wie während der Kriegszeit in Deutschland — stundenlang Schlangen stehen, um für ihre Lebensmittel- und Bedarfsartikelmarken die Waren erstehen zu können, das heißt, wenn bei der chronischen Warenknappheit in Rußland die gewünschten Artikel wirklich vorhanden sind.

Demgegenüber kann in „freien Läden“ mit ihren „Riesenpreisen“ zu jeder Zeit alles gekauft werden.

Mit unserem „sozialfaschistisch-reformistischen“ Unteranen-verstand haben wir immer geglaubt, daß es in einem sozialistischen Staatswesen weder Reiche noch Arme gibt, sondern nur sozialistische Staatsbürger, für die man weder Hungerläden noch Schlemmerlokale braucht.

Um aber nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, daß die unverschämte hohen Preise selbst in den Armeleutengeschäften durch hohe Löhne ausgeglichen werden, wollen wir auch hier Günter Stein das Wort geben. Danach betrug im November 1931 der Jahresdurchschnittsverdienst eines russischen Industriearbeiters 1046 Rubel oder 2259 Reichsmark.

Vergleicht man Arbeiterlöhne und Lebensmittelpreise in Rußland, dann haben die kommunistischen Massenschwindler und die R.O.D.-Gewerkschaftspalster in Deutschland jedes Recht verloren, über das „Arbeiterparadies Rußland“ der Arbeiterschaft die Hücke voll zu schwindeln.

Mussolinis Jergarten.

Und nun zu den treuen Bundesgenossen in den Kampfausschüssen der R.O.D., den politischen und wirtschaftlichen Säuglingen Hitlers, die alles Heil aus Rom oder wenigstens nach italienischen Regierungs- und Wirtschaftsmethoden erwarten. Hier genügen zur Kennzeichnung einige Auszüge aus einem Artikel: „Das Arbeitsrecht in der korporativen Praxis“, veröffentlicht in der Nr. 8 vom August 1931 des Organs des italienischen Korporations- (hies: Wirtschafts-) Ministeriums.

Ehe wir auf die Sache selbst eingehen, eine Vorbemerkung. Während in Deutschland die Arbeitsgerichte Recht sprechen auf Grund des Arbeitsgerichtsgesetzes, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Richter mitwirken und die gefällten Rechtsansprüche anfechtbar und in fast allen Fällen berufsungsfähig sind, in sehr vielen Fällen sogar bis zum Reichsarbeitsgericht, gibt es in Italien nur eine Arbeitsgerichtskammer mit drei Berufsrichtern, die gleichzeitig das Recht haben, auch im Lohnstreit endgültige Urteile zu fällen.

Vor diesem Arbeitsgericht erschien die Organisation der Reisfeldarbeiter, weil die Unternehmer einen Lohnabbau von

35 Prozent verlangten. Nun haben die italienischen Arbeiterfaschisten nicht etwa wie in der Peniger Patenpapierfabrik mit den Kommunisten „Aktionsausschüsse“ gebildet, denn das brauchen sie ja auch nicht mehr, da ja in Italien die freien Gewerkschaften auf Grund der eingeleiteten revolutionären Moskauer Taktik, die erst die Fortsetzung der faschistischen Gewaltmethoden ermöglichte, längst vernichtet sind. Statt dessen boten die faschistischen Arbeiter durch ihre Organisation den Unternehmern einen freiwilligen Lohnabbau in der Höhe von 20 Prozent an. Was Berufsrichter-Arbeitsgericht aber verurteilte die Arbeiter zu einem Lohnabbau von 24 Prozent.

Und siehe da, die italienischen Hitlerrevolutionäre bildeten wieder keine Kampfausschüsse, sondern... doch lassen wir das amtliche Organ des italienischen Arbeitsministeriums selbst reden:

„Woraufhin die Arbeiter, nicht mit Haß im Herzen, sondern unter Absingen patriotischer Hymnen wieder an ihre Arbeit gingen, trotzdem sie nicht den Lohn kannten, den sie tatsächlich erhalten sollten, wohl aber sich ganz auf den Rechtsanspruch verlassen, den das Arbeitsgericht abgeben sollte.“

Wir sehen heute schon, ähnlich wie in Italien, wenn Hitler in Deutschland zur Macht kommen sollte, die braven K.O.-Männer und kommunistischen Maulaufreißer nach jedem Lohnabbau das Schlagelied singen.

Und diese feige Gesellschaft wagt es, vom Arbeiterverrat der Gewerkschaften zu reden, mit ihren Phrasen die Arbeiter gegen die Gewerkschaften aufzuheben, um diese einer der beiden Hungerdiktaturen zuzuführen. Dabei sind die freiwilligen Kreaturen der Unternehmer, die kommunistischen K.O.-Kämpfer, die schwindeln, daß sie unter dem Zeichen des Marxismus kämpfen, noch schmutziger als die bezahlten Landsknechte Hitlers, die jeelenverwandten Mitkämpfer der K.O. in ihren verrückten Aktionsausschüssen.

G. Stähler.

Wirtschaftliches.

Lohnabbau ja, Preisabbau nein!

Der 10- und 15prozentige Lohnabbau ist ja nun zum größten Teil vollzogen. Der Preisabbau nicht. Je länger der Preisabbau hinausgezögert werden kann, desto höheren Ertragsgewinn machen insbesondere die Unternehmer.

Die Regierung und der Preisabbauskommisär werden mit den Unternehmern nicht so leicht fertig wie mit der Arbeiterschaft. Die Herren erklären einfach: Wir haben bereits vor somndso langer Zeit die Preise um 2 oder 5 Prozent heruntergesetzt. Wer dieselben Leute bestanden auf dem Lohnabbau ohne Rücksicht auf die bereits zweimal vorher vorgenommene Lohnherabsetzung, auch dann, wenn die Arbeitenden nur noch 20 Stundenlöhne je Woche nach Hause brachten. Da gab es keine Rücksicht.

Ein solches Doppelspiel, wie es sich beim Lohn- und Preisabbau zeigt, muß bitterböse psychologische Wirkungen auslösen. Wenn schon gleiche Lebenshaltung für Unternehmer und Arbeiter nicht zu erreichen ist, gleiches Recht kann man mindestens verlangen.

Deutschland am teuersten!

Die amtliche Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ brachte in der Nr. 24 1931 den Lebenshaltungsindex aus verschiedenen europäischen Staaten. Das Resultat sieht so aus:

	Ernährung		Lebenshaltung	
	Juli 1930	Okt. 1931	Juli 1930	Okt. 1931
Deutschland	146	123	149	133
Frankreich	123	116	121	115
Großbritannien	144	97	157	120
Italien	141	116	136	117
Österreich	119	111	112	108
Tschechoslowakei	117	103	106	97
Norwegen	151	102	175	125

¹ Quartalsziffern. ² September

Die Zahlen beweisen, daß Deutschland sowohl in der Ernährung als auch in der Lebenshaltung überhaupt im Oktober 1931 den höchsten Index anweist. Die Statistik ist wieder eine Bestätigung unserer Behauptung, daß die Regierung wohl die Löhne, aber nicht die Preise abbauen kann.

Internationale Arbeiterbewegung.

Lyngsie (Dänemark) †.

Der Vorsitzende unseres dänischen Bruderverbandes, Kollege Lyngsie, ist nach längerer Krankheit gestorben. Lyngsie war ein idealer Mensch mit unzerstörbarem Glauben an die hohe kulturelle Mission der organisierten Arbeiterschaft, und dieser felsenfeste Glaube, der allerdings nicht metaphysisch war, sondern aus der Erkenntnis der Entwicklungsgesetze entsprang, hat ihn befähigt, zu kämpfen bis zum letzten Atemzug.

Lyngsie hat im Jahre 1907 in Stuttgart gelegentlich der Tagung des Internationalen Arbeiterkongresses die Fabrikarbeiterinternationale mit „aus der Taufe gehoben“, und er blieb ein eifriger Befürworter und Förderer dieser Vereinigung.

Im Jahre 1910 erschien er zum ersten Male als Vertreter seiner Organisation auf unserem Verbandstag in Halle. Als Kollege und Mensch vereinigten Lyngsie so viele gute Eigenschaften in sich, daß er sich in den Herzen aller, die mit ihm verkehrten durften, ein helres Denkmal gesetzt hat.

Ruhe sanft, lieber, treuer Freund! Bist du auch tot, dein Geist lebt in der Fabrikarbeiterinternationale.

Die russischen Gewerkschaftsmitglieder haben nichts zu sagen!

In den ersten Monaten des Jahres 1931 wurde eine „Organisationsreform“ in der russischen Gewerkschaftsbewegung durchgeführt: die 22 Verbände wurden — entsetzend der Wiederholung der Wirtschaftskrise — in 5 Verbände aufgeteilt. Die Verbände selbst wurden nicht einmal befragt; die „Reform“ wurde vielmehr vom Zentralkomitee der Gewerkschaften angeordnet, der die Umsetzung schließlich ohne jegliche ernsthafte Prüfung des Problems und Hakt

über Kopf durchzuführen suchte. Jetzt wird in die Hintergründe der „Reform“ etwas hineingeleuchtet. In der jenseits abgehaltenen Plenarsession des Zentralkomitees der Gewerkschaften betonte der Generalsekretär des Zentralkomitees, Schewernik, daß „das konkrete Programm für den Umbau der Gewerkschaften“ vom Zentralkomitee der KPdSU aufgestellt worden sei („Trud“ vom 15. Dezember). Da gab es natürlich nicht mehr viel zu diskutieren.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der neueste Generalstreik der KP. und der K.O.

Die KP. und die K.O. haben zum Jahreswechsel wieder einmal einen „General“-Streik „gemacht“, d. h. der General der KP., der ja aus Mangel an besserer Beschäftigung das ganze Jahr streikt, hat auch dieses Mal fast allein gestreikt. Die „Massen“ waren nicht dumm genug, der KP.-Zentrale Gefolgschaft zu leisten. Bis auf einige hundert, die schon ohne „Grüße“ zur Welt kamen, und die jetzt — leider — arbeitslos sind. Teilweise haben die K.O.-Führer der KP. und der K.O. von ihren eigenen Leuten Prügel bekommen, vielleicht in der Hoffnung, diese „Führer“ auf diese Weise zur Vernunft zu bringen. Nützen wird das auch nicht, denn der russische Rubel läßt das nicht zu.

Gewerkschaftler, Leute mit Vernunft, wissen schon, daß wir im äußersten Falle streiken müssen, wenn die Situation für die Arbeiterschaft günstig ist, aber nicht in der schwersten Krise.

Die KP.-Führer wollten anscheinend beweisen, daß sie noch dümmer sind als ihre Freunde, die Nationalsozialisten. Diese haben schon begriffen, daß sie sich bei einem Putsch nur eine fürchterliche Niederlage holen können. So weit reicht es bei der KP. nicht. Da müssen schon die Arbeiter klüger sein, um Unheil zu verhüten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Altötting. Betriebsrätewahlen. In den Vereinigten Aluminiumwerken, AG, in Töging und in den Dr.-Alexander-Wacker-Werken in Burghausen fanden im Dezember die Betriebsrätewahlen statt, die hinsichtlich des Einflusses der K.O. und der Nazis recht lehrreich sind. — In Töging war in einer öffentlichen KP.-Versammlung großspurig eine K.O.-Liste angekündigt worden. „Dieser Betriebsrat muß verschwinden!“ hatte der Referent gerufen. Er hatte aber die Rechnung ohne seine Parteigenossen und „Sympathisierenden“ gemacht. Hatten diese doch Angst, ihre Stelle zu verlieren, falls sie auf einer solchen Liste stehen würden. Die Angst war zwar völlig überflüssig, denn die „reformistischen“ Gewerkschaftsführer und Betriebsräte hatten ja — gegen eine ausgiebige, aber hinterhältige Heße dieser Helden und trotzdem mit deren Zustimmung (auch hier fiel bei der Entscheidung das Herz in die Hose) — durch Verkürzung der Arbeitszeit dafür gesorgt, daß keine Entlassungen erfolgten. Trotzdem kam keine K.O.-Liste zustande. Man versuchte deshalb dem Kinde einen anderen Namen zu geben, aber auch ohne Erfolg. Und solche Leute erzählen dann den anderen, daß nur auf dem Wege der Gewalt eine Besserung herbeigeführt werden könne, einer Gewalt, bei der nicht nur die Griffen, sondern auch das Leben aufs Spiel gesetzt werden muß. Wie aber hätten diese K.O.-Leute erst die Interessen der Arbeiter bei der Firma vertreten, wenn die Courage schon bei der Aufstellung der Liste fehlte? Im übrigen: Die Kommunisten hatten zu Silvester an mehreren Stellen in Töging die Streikparole der KP. mit roter Farbe aufgemalt. Wer aber diese Streikparole nicht befolgt hat, waren die KP.-Hauptlinge selbst. Ja, wir erinnern uns noch recht gut an den November 1925, wo anlässlich des gewerkschaftlichen Lohnkampfes in der Chemie einige Radikalinflüß große Reden schwenkten, aber dann schon im Betrieb blieben. Arbeiter, merkt euch diese Dinge für die Zukunft! Laßt euch von diesen feigen Schwätzern nicht betören, sondern steht frei und mutig zu eurer Betriebsvertretung! — In Burghausen haben die Nazis, wie im Vorjahre, eine eigene Liste eingereicht. Während sie derselben im Vorjahre verschämt den Namen „Nationale Liste für Freiheit und Recht“ geben, war die diesjährige stolz „Nationale Sozialisten“ betitelt. Wer laßt da nicht? Die Partei der Fürsten, Prinzen, Generale, Bankdirektoren und der Aufsichtsräte, die Partei, die sich von Kapitalisten anhalten läßt, und „Sozialisten“? Eine einzige Lüge war diese Liste. In fürchten hatten wohl die Kandidaten der Liste nichts. Ist doch bekannt, daß diese „nationalen Sozialisten“ in so vielen Unternehmungen nicht nur nicht hinausgeworfen werden, sondern daß sie einfach unerfesslich sind und wenn ihre Arbeit nur im Abkragen rostiger Maschinen besteht, daß sie sehr oft bevorzugt werden. Kein Wunder, sind sie doch die Hilfspolizei des kapitalistischen Systems, das aus seiner Sackgasse, in die es sich selbst hineinmanövriert hat, nicht mehr herausfindet und sich nun nach Bundesgenossen umsieht, die weitere Zersplitterung in die Arbeiterklasse hineinbringen und so die Kraft und den Widerstand derselben lähmen. Diese von den „nationalen Sozialisten“ drohenden Gefahren hat die Burghausener Arbeiterschaft erkannt. Die Hoffnung der Wacker-Nazis, den Betriebsrat so ungefähr zu halbieren und in Gemeinschaft mit anderen kleinen Gruppen die Mehrheit zu erlangen, ist schließlich getrogen. Trotz einer mit Krisenbeginn einsetzenden verantwortungslosen Heße gegen Betriebsvertretung, freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie, trotz Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses, trotz Lohnabbau und Kurzarbeit und trotz einer bedingten Kündigung zum Jahresabschluß, die im letzten Augenblick noch allen Zulagenempfängern in die Hand gedrückt wurde, gelang es ihnen, einen ganzen Mann in die Betriebsvertretung zu bringen. Und ob das ein ganzer ist, hat er erst noch zu beweisen. Arbeiter, laßt euch weder von den K.O. — noch von den Nazis — auf den Leim führen! Beide bringen euch Zersplitterung und damit Ohnmacht und Wehrlosigkeit. Denkt daran: Seit diese beiden radikalen Richtungen durch die Wahlen des 14. September 1930 stark geworden sind, habt ihr Niederlage auf Niederlage erlitten. Trotz ihrer angeblich so großen Stärke bringen sie euch keine Hilfe. Sie überlassen das ruhig alles den freien Gewerkschaften. Deshalb muß die Parole lauten: Hinein in die freien Gewerkschaften, in den Fabrikarbeiterverband! Nicht fatalistisches Besessenheit, nicht der Faschismus, sondern einzig und allein die Zusammenfassung der klaffenbewußten Arbeiterschaft, die Gewinnung aller Arbeitsbedingenden für die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie und der Kampfeswille dieser Organisierten bringen das arbeitende Volk vorwärts. A. Meyer.

Dresden. Stellungnahme der Funktionäre zur 1. Notverordnung des Reichspräsidenten. In einer kürzlich beendeten Funktionärenversammlung am 21. Dezember 1931 im Volkshaus in Dresden wurde mit einem Referat des Bezirksleiters des K.O.S., Kollegen Arndt, Stellung zum Inhalt der Notverordnung genommen. Kollege Arndt gab ein Situationsbild der deutschen Wirtschaftskrise in Verbindung mit Weltmarkt und Weltwirtschaft und legte an Hand der die Arbeiterschaft betreffenden Kapitel der Notverordnung Ursachen und Wirkungen dieser Verordnung klar. Schärfe Kritik sei zu üben an der hinfälligen festgesetzten und schreckenswirkenden Festsetzung der Löhne, während im Gegenzug die Preisfrage zum großen Teil dem Ermessen der Verantwortlichen anheimgegeben sei und vielleicht viel weniger schnell wirksam werde. Wenn auch mit gewerkschaftlichen Mitteln die Festsetzung der Notverordnung nicht herbeigeführt werden könne, wird es doch Aufgabe der Gewerkschaften sein, in den nächsten Wochen der Preisfrage schärfste Aufmerksamkeit zu widmen. Das Resultat einer außerordentlich lebhaften Diskussion war die Annahme der folgenden Entschliessung:

Die gesamten Funktionäre der Zahlstelle Dresden nahmen in einer am Montag, dem 21. Dezember 1931, abends 7 Uhr, großen Saale des Dresdner Volkshauses abgehaltenen außerordentlichen Funktionärenversammlung Stellung zur Notverordnung. Die anwesenden Funktionäre lehnen die Notverordnung, v. allem den 6. Teil, ab. Sie wenden sich mit aller Schärfe gegen den erneuten ungeheuerlichen Lohnabbau von 10 bzw. 15 Prozent.

In allen Industriezweigen ist schon im Jahre 1930, noch ungegrüßter im Jahre 1931, durch Verschlechterung der Marktpreise, durch teilweise oder gänzliche Beseitigung der Prämien durch Aushebung der über tariflichen Zuschläge für besondere Leistungen aller Art und durch direkten Lohnabbau ein Lohnausfall entstanden, der nicht ausgeglichen worden ist durch entsprechende Senkung der Preise für die Bedarfartikel, die die Arbeiterschaft hauptsächlich verwendet und braucht.

Die versammelten Funktionäre stellen fest, daß trotz der Notverordnung zwangsweise verfügten Preisänderungen immer und immer wieder die Arbeiterschaft die Leidtragende ist, wobei die festgesetzte Lohnabbau viel höher ist, als sich durch Preisänderungen im Arbeiterhaushalt auswirken.

Die Funktionäre wissen, daß die Gewerkschaften nur widerwillig und dem Zwange des Gesetzes folgend diesen Abbau hinnehmen müssen. Sie geloben aber, an der Organisation festzuhalten, weil nur diese in der Lage ist, zu gegebener Zeit die Löhne wieder zu ändern.

Die Funktionäre erkennen, daß es falsch ist, die Organisation der Arbeiterschaft dafür verantwortlich zu machen, daß durch Diktat der Reichsregierung der Lohnabbau gesetzlich durchgeführt wird. Sie bekämpfen deshalb alle Maßnahmen, die geeignet sind die Kraft der organisierten Arbeiterschaft zu schwächen. Sie geloben Treue der Organisation und werden versuchen, die organisierte Schlagkraft der Arbeiterschaft in den nächsten Monaten zu steigern, damit, wenn am 30. April 1932 die Bindung durch die Notverordnung fällt, es möglich ist, durch die geschlossener organisierte Arbeiterschaft wieder wettzumachen, was ihr gegenüber wäftig aufgetropft wurde. Richard Mager.

Rundschau.

Auf nach Rußland!

Schon auf der jüngsten Tagung des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion wurde angekündigt, daß man gegen Arbeiter, die aus Unkenntnis oder Böswilligkeit Maschinen der Industrie zu Schaden bringen, sehr scharf vorgehen werde. Nun meldet der Sowjetfunk, daß der Maschinist S. J. der Moskauer Elektrizitätswerke zum Tode verurteilt worden ist, weil durch seine Schuld eine teure Maschine außer Betrieb gesetzt werden mußte. Der Arbeiter konnte zwar vor Gericht beweisen, daß es eine ausländische Maschine ist, deren Bedienung ihm unbekannt war, er sagte es auch seinen Fabrikleitern. Trotzdem stellte ihn dieser auf seinen Posten und durch einen Irrtum ist dann der Maschinen Schaden entstanden. Das Sowjetgericht sagte aber, daß das alles nur „leere Verteidigungsquasaleien“ des Maschinisten wären, und er die Maschine böswillig beschädigt habe. Der Moskauer Rundfunk teilte mit besonderem Nachdruck das Todesurteil gegen diesen Arbeiter mit und kündigte an, daß es allen „Schädlingen“ so ergehen werde; eine Begnadigung des Arbeiters S. J. wäre Schwäche, der man sich nicht hingeben dürfe, so sagte der Moskauer Sprecher, und feierte das Gericht, das sich entschlossen habe, dieses Urteil zu fällen! Hoch Rußland! Hoch der Arbeitermord! Auf nach Rußland!

Wo der Preisabbauskommisär „reformieren“ will

Aus Leipzig kommt folgende Meldung: In der ersten Stadtverordnetenversammlung des neuen Jahres am Mittwoch hielt Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, der Reichskommissär für Preisüberwachung, die traditionelle Neujahrsrede. „Wir müssen“, so erklärte Dr. Goerdeler, „jezt aufbauen an die Hauptprobleme herangehen: die Umformung des jetzigen Systems der Arbeitslosenfürsorge, das für die Gemeinden schlechthin unerträglich geworden ist, und, was viel wichtiger ist, an die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Das darf jedoch nicht durch den Versuch irgendwelcher Subventionen geschehen. Diese sind unter allen Umständen unfruchtbar und als Beginn neuen Unglücks abzulehnen.“

Wir haben geglaubt, Dr. Goerdeler soll die Preise abbauen. Diese Tätigkeit liegt ihm anscheinend nicht, und so wendet er sich statt gegen die Reichen lieber gegen die Armen. Es ist erklärlich, daß ein deutschnationaler in der „Reformierung“ der Arbeitslosenfürsorge mehr innere Befriedigung findet als in der Reformierung der Preise.

Verbandsnachrichten.

Das Inhaltsverzeichnis zum „Proletarier“

für das Jahr 1931 liegt der Nr. 3 des „Proletariers“ bei. Jede Zahlstelle erhält mindestens ein Exemplar, größere Zahlstellen können auf Wunsch mehrere bekommen. Mitglieder, die den „Proletarier“ aufbewahren, können durch die Zahlstellenleitung ein Inhaltsverzeichnis gratis erhalten.

Warnung vor Wollstädter.

Ein angeblicher Willi Wollstädter, Berlin NO 55, Dismannweg 3, reißt in Deutschland umher als angeblicher Schreibmaschinenreparatur. Er gibt sich als Parteigenosse aus, hat aber leider kein Buch zu Hause liegen gelassen und versucht, in den Gewerkschaftsbüros, Parteibüros, Konsumvereinen und bei sonstigen Geschäftsläden Reparaturen auf Schreibmaschinen und dergleichen zu erhalten. Wollstädter fordert unverschämte Preise. Er ist von der Zahlstelle Sonneberg unseres Verbandes und von Geschäftsleuten deshalb wegen Betruges zur Anzeige gebracht worden. Unsere Kollegen seien gewarnt und tun am besten, diesem Wollstädter bei etwaigem Auftauchen die Tür zu weisen.

Literarisches.

„Karl Goering“. Eine Biographie von Dr. Hans Menzel. SPB. (Sittlich-politischer Verlag) Berlin, G. m. b. H., Berlin SW 68. Preis 1,25 Mk. Die Schrift Dr. Menzels ist das erste Buch einer Reihe von Porträtsbüchern, die den Herausgeber der SPB. den Berlin unternimmt, die verantwortlichen Führer des politischen Geschehens der letzten 13 Jahre dem Volk in ihrer geschichtlichen Bedeutung durch den Rebel der Parteipolitik und der Parteikämpfe hindurch sichtbar zu machen. In kurzen Strichen zeichnet der Verfasser das Lebensbild Karl Goerings. Es ist eine lobhafte Karriere, die den Stalischer Jungen vom Schloßherbst zum Polizeiminister aufsteigen läßt; aber sie wurde erst möglich unter der Demokratie. Wie Karl Goering das wurde, was er heute ist, wie er durch die „hohe Schule“ der Gewerkschaftsarbeit ging, im Wirken in der Selbstverwaltung, als Parlamentarier und später — gebildet im Feuer der Verantwortung großer politischer Missionen — in das hohe Amt hineinwuchs, in dem er der Schöpfer der preussischen Polizei wurde, das zeichnet Hans Menzel in leidenschaftlichen Darlegungen auf.

Das Januar-Heft der Monatszeitschrift „Die Wärgergilde“ liegt jetzt vor. In diesem Heft kündigt die Wärgergilde drei Neuerscheinungen für das 1. Quartal 1932 an, und zwar den China-Roman „Schanghaï“ von Altmann, die „Proletarier-novellen“ von Martin Andersen Nexs und „Geschicht und Liebe“, das bedeutendste Buch von Dr. Max Haddam. Die Mitglieder der Wärgergilde erhalten die Monatszeitschrift regelmäßig und kostenlos.

Chemische Industrie

Wohin gehören die Arbeiter der Kunstseide-Industrie?

Zwischen unserem Verband und dem Textilarbeiterverband bestehen seit Jahren Meinungsverschiedenheiten über die gewerkschaftsorganisatorische Zugehörigkeit der Kunstseidearbeiter. Dabei soll jedoch gleich festgehalten werden, daß wir nur Anspruch auf die Arbeiter der Kunstseideherstellung erheben. Die Verarbeitung des Fadens zu Web-, Wirk-, Strick- und Flechtwaren gehört zum Organisationsgebiet der Textilarbeiter, genau so wie die Verarbeitung der Naturseide, Baumwolle, Wolle und Flachsfaser. Wir haben auch noch nie gehört, daß der Textilarbeiterverband Anspruch erhebt auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die beim Anbau des Flachses und der Baumwolle, bei Gewinnung der Schafwolle beschäftigt sind, und auf das Pflegepersonal der Seidenraupen in den Maulbeerplantagen. Ausgerechnet auf die Arbeiter der chemischen Kunstseidefabriken will er Ansprüche geltend machen, trotzdem die Verarbeitung des chemisch hergestellten Fadens ihm ebenso unbefristet überlassen wird wie die Verarbeitung der übrigen Textilfasern.

Der Streit besteht aber nicht nur in den freien, sondern auch in den christlichen Verbänden. Die Ursache mag darin zu suchen sein, daß die Textilindustrie sich zuerst für die großtechnische Herstellung des Kunstseidefadens interessierte und sich die ersten Fabriken dieser Art angliederte. Diese Zeit liegt hinter uns. Heute wird der Kunstseidefaden in großen, selbständigen chemischen Fabriken hergestellt, die in Einzelfällen in andere chemische Großbetriebe eingekapselt sind. Der Anspruch des Textilarbeiterverbandes führt diesen also mitten in die chemische Großindustrie hinein, wodurch das feste Gefüge unseres Verbandes in der chemischen Industrie aufgelockert würde. Diesem Ziele zustrebend, hat Kollege Schöller vom Deutschen Textilarbeiterverband bei der Textilarbeiter-Internationale einen Antrag gestellt, die Internationale solle beschließen, daß die Kunstseidearbeiter zum Organisationsgebiet der Textilarbeiterverbände gehören. Folgende Entscheidung wurde angenommen:

Der Internationale Textilarbeiter-Kongress, abgehalten in Berlin vom 17. bis 22. August 1931, bedauert, daß die Fabrikarbeiter-Organisationen in allen Ländern auf die Arbeiter der Kunstseideindustrien Anspruch erheben. Der Internationale Textilarbeiter-Kongress erklärt, daß die Fabrikarbeiter-Organisationen irgend welchen Anspruch auf die Arbeiter, die in der Kunstseideproduktion beschäftigt sind, nicht haben.

Kunstseide ist ein Textilprodukt, und in Konsequenz dessen gehören die Arbeiter, die in der Produktion von Kunstseide beschäftigt sind, zu den Textilarbeiter-Organisationen.

Es ist das gute Recht eines jeden Verbandes, seine Ansprüche geltend zu machen und zu vertreten, auch wenn die zu den Ansprüchen führenden Ansichten nicht begründet sind. Das Vorgehen des Kollegen Schöller ist aber derart anfechtbar und entspricht so wenig den zwischen den freien Gewerkschaften üblichen Umgangsformen, daß wir im eigenen Interesse verpflichtet sind, die Sache richtigzustellen. Die Entscheidung ist vorwiegend auf Grund des von Schöller unterbreiteten Materials beschloffen worden, und dieses Material ist absolut falsch.

Schöller bezieht sich in einer Broschüre, „Die Kunstseide-Industrie und die Organisationen der Arbeiterschaft“, auf einen zwischen unseren beiden Verbänden im Jahre 1911 abgeschlossenen Kartellvertrag über die Kunstseideindustrie, der besagte, daß die Arbeiter bis zur Herstellung des Fadens, also einschließlich der Spinnmaschinen, zum Fabrikarbeiterverband gehören sollen, die weiblichen Arbeitskräfte, die mit der Fertigmachung des Fadens beschäftigt sind, jedoch zum Textilarbeiterverband. Zu diesem Vertrag äußert er sich auf Seite 13 seiner Broschüre in der Form, daß der Fabrikarbeiterverband — nach Feststellungen des Textilarbeiterverbandes — gegen das Abkommen von 1911 verstoßen hat.

Dem Kollegen Schöller ist bekannt, daß die ersten Kunstseidefabriken als Nebenbetriebe der Textilindustrie entstanden sind, daß die Organisationsfolge zuerst nach dem Textilarbeiterverband neigten und daß dementsprechend der Textilarbeiterverband schon in der Vorkriegszeit entgegen dem Kartellvertrag alle Arbeiter der Kunstseidebetriebe Bemberg, Herminghaus, Küttner und andere zu organisieren versuchte. In der Nachkriegszeit folgten wir den Spuren und dehnten unsere Agitation auf alle Arbeiter in den Kunstseidefabriken der chemischen Industrie aus, so daß dieser Vertrag anerkanntermaßen praktisch überholt ist. Diese Tatsachen sind in gegenseitiger Aussprache behandelt worden, was dem Kollegen Schöller nicht entgangen sein kann.

Auf die Entgleisungen Schöllers in der Darstellung des Produktionsprozesses und der Gesundheitsgefahren in der Kunstseideindustrie wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen, dazu wird sich andere Gelegenheit bieten. Von Sachkenntnis sind diese Ausführungen nicht getrübt. Wir müssen aber schärfsten Einspruch erheben gegen die angeführten Zahlen und bedauern, daß diese falschen Zahlen in Druck gegeben sind.

Schöller schreibt auf Seite 15 der Broschüre, daß nach Feststellung des Textilarbeiterverbandes im Jahre 1928 15 Kunstseidebetriebe vorhanden waren, wovon 10 der Textilberufsgenossenschaft und nur 5 Betriebe der Berufs-genossenschaft der chemischen Industrie angeschlossen waren. Schöller weiß, daß die Erhebungen im Jahre 1928 von beiden Verbänden zur Klärung der Streitfrage erfolgten. Es wurden aber nicht 15, sondern alle in Deutschland damals bestehenden Kunstseidefabriken, und zwar 22 erfasst. Davon gehörten nicht 10, sondern 7 der Textilberufsgenossenschaft und 15 der Berufs-genossenschaft der chemischen Industrie an.

Zur Berufs-genossenschaft der chemischen Industrie zählen:

- Viskose-AG, Arnstadt,
- Glanzstoff-AG, Oberbruch,
- Glanzstoff-AG, Osnabrück,

- J. G. Farben, Bovingen,
- J. G. Farben, Wolfen,
- J. G. Farben, Dormagen,
- J. G. Farben, Premnitz,
- J. G. Farben, Rottweil,
- Spinnstoffwerk, Berlin-Zehlendorf,
- Uzetat-Kunstseide, Berlin-Nichtenberg,
- Glanzfasern, Petersdorf,
- Kunstseidefabrik, Kellertbach,
- Kunstseidefabrik Courtauld, Köln,
- Kunstseidefabrik Borvisk, Herzberg a. Harz,
- Stapelfaser, Sydowssau.

Der Textilberufsgenossenschaft waren folgende Betriebe angeschlossen:

- Kunstseidefabrik, Bräunlingen,
- Kunstseidefabrik Bemberg, Barmen,
- Baumwollspinnerei, Wapreuth,
- Spinnfaser-AG, Elsterberg,
- Spinnstoffwerk, Glauchau,
- Küttner, AG, Pirna,
- Herminghaus, Wöhwinkel.

Dieses Material war die Grundlage der Verhandlungen und wurde im Juni 1928 gegenseitig ausgekauft.

Noch mehr Gewalt tut Schöller den Zahlen über die beschäftigten Arbeiter und ihre Organisationszugehörigkeit an. In der Kunstseideindustrie ist die Organisationsarbeit schwierig. Die Mehrzahl der beschäftigten Frauen und Mädchen kommt aus rein ländlichen Orten. Mit der Bahn oder mit Autos werden sie herangeschafft und abtransportiert. Wird der Zug veräumt, bietet sich an dem Tage häufig keine Fahrgelegenheit mehr. Ebenso ist es mit den Autos, die meist vom Fabrikhof abfahren. Trotzdem sind annehmbare Organisationsverhältnisse geschaffen worden.

Schöller sagt, 1928 waren 38 000 Arbeiter in der Kunstseideindustrie beschäftigt. In Wirklichkeit waren es 35 235.

Im Deutschen Textilarbeiterverband sollten davon 6500, im Fabrikarbeiterverband nur 1050 Mitglieder organisiert gewesen sein. Solche Angaben sind des „Guten“ zuviel. Folgende Zahlen sind damals in den Verhandlungen von beiden Verbänden als richtig anerkannt worden (das weiß auch Schöller): Der Fabrikarbeiterverband hatte in der Kunstseideindustrie 4577 Mitglieder, also mehr als das Vierfache der Angaben Schöllers, und der Textilarbeiterverband 2948 Mitglieder, also nicht die Hälfte der von Schöller angegebenen. Die übrigen freien Gewerkschaften musterten 1247 Mitglieder. Die Zahl der christlich organisierten Arbeiter konnte nicht einwandfrei festgestellt werden, dürfte aber 1500 überschritten haben. Diese Richtigstellung muß zur Steuer der Wahrheit vorgenommen werden.

G. Haupt.

Tödlicher Unfall im Berliner Kohlenäurewerk Kommenhölzer.

Am 24. Dezember 1931, vormittags 9 1/2 Uhr, erfolgte im Kohlenäurewerk Kommenhölzer, Quikowstraße, ein heftiger Knall. Bei der Nachforschung ergab sich, daß der Arbeiter Held, der an der Eispresse mit der Herstellung von Eis beschäftigt war, in einiger Entfernung von der Eispresse mit zerstücktem Kopf am Boden lag. Held starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

In dem Arbeitsraum stehen fünf Kohlenäurebehälter. Durch einen Kompressor wird die Kohlenäure in die einzelnen Kammern der Eispresse gedrückt, wodurch sich Eisblocks im Gewicht von 20 bis 25 Kilogramm bilden. Ob entweichende Kohlenäure oder ein herausgeschleudertes Eisblock den Arbeiter beiseite geschleudert hatte, konnte trotz eingehender Besichtigung der Anlagen nicht festgestellt werden.

G. Haupt.

Die Seifen- und Parfümindustrie im Deutschen Reich.

Über die Lage der deutschen Seifen- und Parfümindustrie berichtet die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ sowie eine Schrift des Enqueteausschusses.

In der Seifenindustrie arbeiteten im Jahre 1928 625 Betriebe. Über ein Sechstel (106) aller Seifenfabriken war mit anderen Gewerbezweigen kombiniert. Hiervon waren 55, meist kleinere Betriebe, einer Talgschmelze angegliedert. In zwölf Betrieben erfolgte noch die Herstellung von Kerzen, in 32 Betrieben wurden auch technische Fette und Ole gewonnen. Mit der Ölmühlen- und Ölveredelungsindustrie waren 6, mit der Stearinindustrie 1 und mit der Margarineindustrie 2 Seifenfabriken verbunden.

Der Wert des Rohstoffverbrauchs betrug insgesamt 182,6 Millionen Mark. Hiervon entfielen 156,7 Millionen Mark auf tierische und pflanzliche Fette und Ole (einschließlich Fettsäure und Harze), die mengenmäßig rund 214 000 Tonnen ausmachten. Der Rest verteilt sich mit 20,4 Millionen Mark auf Alkalien, Wasserglas und andere und mit 5,5 Millionen Mark auf Riechstoffe.

Die meisten pflanzlichen Fette und Ole wurden vorwiegend aus der deutschen Ölmühlenindustrie bezogen, wo sie aus ausländischen Ölsaaten hergestellt worden sind. Die tierischen Fette sind größtenteils inländischen Ursprungs. Der Anteil der tierischen Rohstoffe am Gesamtverbrauch der Fette und Ole betrug mengenmäßig 33 Prozent. Auf die pflanzlichen Rohstoffe entfielen 67 Prozent. Vergleichsweise sei angeführt, daß in der Margarineindustrie die tierischen Fette mit 90 024 Tonnen zu 21,5 v. H. am Rohstoffverbrauch beteiligt waren. Die Herstellung von Feinseife erfordert in erster Linie die Verwendung von Talg und Kokosfett, bei der Schmierseifenproduktion sind Leinöl sowie auch Soja- und Baumwollsaatöl die vorwiegend benutzten Rohstoffe. Für die Erzeugung von Kernseife und Seifenpulver kommt jedoch eine größere Zahl von Rohstoffen in Betracht. Die Bereitung von Türkischrotöl ist lediglich auf den Verbrauch von Rizinusöl angewiesen. Die Verwendung der pflanzlichen Raffinationsfettensäuren erfolgt vorwiegend in kleineren und mittleren Betrieben zur Herstellung der Kernseife. Diese Rohstoffe sind Abfallprodukte der Ölmühlen- und Ölveredelungsindustrie,

während die teuren Spaltungsfettensäuren (Stearin, Olein u. a.) von der Stearinindustrie besonders hergestellt werden.

Am gesamten Inlandsverbrauch von pflanzlichen Fetten und Olen (einschließlich Harttranen) war die Seifenindustrie im Jahre 1928 zu rund 18 v. H. beteiligt, während auf die Margarineindustrie rund 48 v. H. entfielen. Bei den einzelnen Rohstoffen der Seifenindustrie lagen die Verhältnisse wesentlich anders. So betrug der Verbrauch der Seifenfabriken an Palmkernfett rund die Hälfte des deutschen Verbrauchs. Bei Leinöl machte der entsprechende Anteil rund 17 v. H. aus, bei Erdnußöl und Sojaöl jeweils rund 2 v. H. Am Gesamtverbrauch von Harttran war die Seifenindustrie zu 7 v. H. beteiligt.

Je Kopf der Bevölkerung betrug der Jahresverbrauch an Waschmitteln (einschließlich Seifenpulver) im Jahre 1928 (ohne Türkischrotöl, Unterlauge u. a.) 6,3 Kilogramm.

Der Anteil der einzelnen Produktionserzeugnisse an der Gesamtzeugung betrug:

Gewöhnliche feste Seife, Seifenflocken, Seifenpulver	64,2 v. H.
Fein-(Toiletten-)Seife, Glycerin, Medizinalseife	16,9 v. H.
Schmierseife	12,7 v. H.
Türkischrotöl und ähnliches	1,5 v. H.
Unterlauge und ähnliches	2,2 v. H.
Sonstige Erzeugnisse, Schnerpulver, flüssige technische Seifen usw.	2,5 v. H.

Über die Hälfte des Gesamtwertes der Erzeugung kommt auf Betriebe mit mehr als 200 beschäftigten Personen. Die Betriebe bis 10 Personen sind demgegenüber nur zu 7,5 v. H. am gesamten Produktionswert beteiligt.

Es entfallen auf Betriebe bis 50 Personen: rund 26 v. H. der erzeugten Feinseife (einschließlich flüssige Toilettenseife);

rund 47 v. H. der erzeugten Kernseife (einschließlich Seifenflocken und -schmelze);

rund 53 v. H. der erzeugten Schmierseife.

Der Klein- und Mittelbetrieb hat also in einigen Zweigen der Seifenindustrie noch eine starke Stellung inne. Die Bedeutung der kleinsten Betriebe (bis 5 Personen) liegt vor allem bei der Herstellung von Schmierseife, die zu fast einem Zehntel in dieser Größenklasse erfolgt. Hinzu kommt, daß gerade in der Schmierseifenindustrie noch handwerksmäßige Kleinbetriebe, besonders im Rheinland, vorhanden sind, die in die Erhebung nicht einbezogen worden sind.

Die Bedeutung der Kleinbetriebe (bis 10 Personen) ist für die Produktion der einzelnen Länder verschieden. In Süddeutschland ist der Produktionsanteil dieser Betriebe größer als im Reichsdurchschnitt. Er beträgt in Württemberg 15 v. H., in Hessen 24 v. H. und in Bayern 26 v. H.

Die Produktion von Schmierseife (einschließlich Kernseife) findet in fast zwei Dritteln (411) aller Betriebe statt, von denen 161 Fabriken dann noch Feinseife herstellen. Die Verbindung von Schmier- und Feinseife oder von Kern- und Feinseife, ohne die Herstellung anderer Seifenarten, findet sich selten. In 60 Betrieben der Feinseifenindustrie wird ausschließlich Feinseife gewonnen. Nur eine Seifenorte stellen her: 41 Seifenpulver-, 34 Kernseifen-, 24 Schmierseifen- und 18 Türkischrotölfabriken. Die Produktion von Seifenpulver sowie von Türkischrotöl erfolgt auch noch in zahlreichen kombinierten Betrieben.

Nach den Untersuchungen des Enqueteausschusses waren in der obengenannten Industrie zirka 25 000 Personen beschäftigt. Trotz der geringen Zahl der Beschäftigten beläuft sich der Produktionswert ohne Nebenartikel auf zirka 570 Millionen Mark jährlich. Hiervon entfallen 400 Millionen Mark auf Seifen und 160 bis 170 Millionen Mark auf kosmetische Artikel. Riechstoffe wurden für zirka 15 Millionen Mark hergestellt.

Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist ein starker Wechsel von Kernseifen zum Gebrauch von Seifenflocken und Seifenpulver sowie sauerstoffhaltigen Waschmitteln zu verzeichnen. Der Jahresproduktionswert für die letztgenannten Artikel betrug zirka 31 Millionen Mark.

Der Anteil der Materialkosten bewegt sich zwischen 45,9 und 71,7 v. H. Die Seifenfabriken berichten, daß die Betriebskosten zwischen 9,3 und 25,8 v. H. schwanken. Die Handlungskosten betragen 15 bis 38 v. H.

Die kosmetische Industrie beziffert ihre Materialkosten auf 20,6 bis 64,5 v. H., die Betriebskosten auf 6 bis 32,5 v. H., die Handlungskosten auf 17,7 bis 63,1 v. H. Die Fabrikate der kosmetischen Industrie erfordern allein für die Ausstattung bis zu 74 v. H. der Gesamtkosten (Puder usw.).

Die Seifenindustrie benötigt für Reklame 0,1 bis 15,2 v. H. des Umsatzes. Ein mittlerer Betrieb der Seifen- und Waschmittelindustrie gab 15,8 v. H. seines Umsatzes, ein Großbetrieb 4,8 v. H. für Reklame aus. Von den für Reklame aufgewandten Mitteln entfallen 54,2 v. H. auf Inserate.

Über die Verdienste des Zwischenhandels wird berichtet, daß die Einzelhandelsspanne bei Haushaltsseifen und Waschmitteln 20 bis 33 1/2 v. H. des Ladenpreises beträgt. In der kosmetischen Industrie werden 33 bis 40 v. H. genannt.

Bedeutend ist die Ausfuhrsteigerung der deutschen Seifenindustrie in der Nachkriegszeit. Während 1913 für 17,56 Millionen Mark ausgeführt werden konnte, ist die Ausfuhr im Jahre 1930 auf 25,98 Millionen Mark gestiegen.

Uns interessiert ganz besonders der Anteil der Betriebskosten an den Produkten der Seifen- und Parfümindustrie, die für die Seifenfabriken 9,3 bis 25,8 v. H., für die kosmetischen Betriebe 6 bis 32,5 v. H. betragen. Wenn wir berechnen, daß darin die Summe der Arbeitslöhne enthalten sein muß, so ergibt sich, daß der Anteil der Arbeitslöhne in der Seifen- und Parfümindustrie, gemessen an den erzeugten Produkten, verhältnismäßig sehr klein ist. Trotzdem haben auch in der Seifenindustrie Lohnkürzungen in der Vergangenheit und neuerdings infolge der Notverordnung stattgefunden.

K. Segerer.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Anilin

2. Fortsetzung.

Nachdem sie derart eingewiesen waren, führte sie der Platzmeister, immer in schneidigem Stechschritt voran, wieder zu seinem Büro zurück. Als sie an der schon erwähnten Fabrikhalle vorüberkamen, pfliffen ein paar Jagzuschläger wieder prompt einen Militärmarsch: „... Es ist zu wenig — 's ist zu wenig...“

Wie der Blitz fuhr der Platzmeister herum, wollte die Pfeifer stellen. Ebenso schnell verstummte das Pfeifen. Gleichzeitig hörte man ein intensiveres Bearbeiten der Petrolsäfer.

„Wenn mir noch einmal einer nachpfeift“, schrie der Alte zur Halle hinein, „steigt die ganze Bude zum Tore hinaus“; worauf er mit hochrotem Lomatenkopf wieder weiterstapfte. Vor seinem Büro hielt er den nun eingestellten seinen üblichen Vortrag. Morgens pünktlich anfangen, nicht vor Feierabend die Arbeit verlassen, Arbeit richtig ausführen, fremde Arbeitsräume nicht betreten. Arbeitszeit sei von morgens 6.30 bis abends 6 Uhr, mit je halbstündiger Frühstück- und Mittagspause. Doch könnten sie, wenn sie etwas verdienen wollten, bis abends 8 Uhr arbeiten. Der Stundenlohn sei zweiundzwanzig Pfennig. In der Fabrikküche gebe es Kaffee, außerdem mittags eine vorzügliche Menage und so fort. Er lobte seine Fabrik wie ein Paradies.

Wenn wurden sie auf die einzelnen Arbeitsräume verteilt. Sechs kamen in den Raum RH 2 zum Aufseher Göhler, fünf aufs Exporlager, zwei in die Farbmühle. Die übrigen zwei, darunter Peter Göhler, aufs Farbenlager zu Aufseher Scherling. Nachdem er sie alle eingeteilt hatte, kommandierte er wieder: „Los — ohne Trill — marsch!“, und ging in sein Büro zum Frühstück. Seine Hauptarbeit für den Tag schien getan.

Platzmeister Jürgen war ein sonderbares Unikum. Morgens um 6.30 Uhr stand er schon bereit mit der Namensliste unterm Arm, das Signal war noch nicht zu Ende, begann er schon mit der Verlesung. Kam einer nur eine Minute zu spät, so flogten die Donnerwörter düsendweise aus seinem Munde. Außer der Einstellung und Entlassung der Arbeiter erledigte er noch die Verteilung derselben an die Betriebe, natürlich vorbehaltlich der Genehmigung des technischen Direktors; er hatte außerdem für Sauberkeit und Reinhaltung der Fabrikhöfe und Straßen zu sorgen. Dazu stand ihm die Kolonne der Hofarbeiter zur Verfügung. War er schlechter Laune, und das war er fast immer, sauste er mit den Händen auf dem Rücken zwischen den Salzwagen umher, schimpfte und polterte, daß man es in der halben Fabrik hörte. Er rief sehr oft, besonders aber Montags, nach Schnaps. Das war auch der Grund seiner schlechten Laune. Seine rote Lomatennase war für seine Arbeiter das Barometer, das Sturm oder schönes Wetter anzeigte. Bei schönem Wetter schimmerte die Nase mehr blau als rot, die Schweinsauglein wurden nicht ganz vom Fettwulst der Backen verdeckt. In diesem Falle pflegte er einmal kurz durch die Salzwagen zu gehen, um dann daneben im Jollhäuschen mit den Zollbeamten ein gemütliches Plauderständchen zu halten. Im übrigen hatte sein lautes Poltern und Röhren für seine Leute den Vorteil, daß wenn man ihn nicht sah, doch hörte, und man sich mit seinem Arbeitseifer danach einrichten konnte.

Im meisten fürchteten ihn die Lehrlinge und die Laufburschen. Platzmeister Jürgen hatte noch die Aufgabe der Waschmittel zu erledigen. Diese Sachen gab es nur an bestimmten Tagen und Stunden. Passierte es einmal einem Laufburschen, daß er die Unzabergzeit verpaßte, konnte er sich auf allerhand gefaselt machen. Haben mußte er die Sachen, also klopfte er drei- bis viermal jaghaft an die Platzmeisterstür, trat auf „Herein!“ verschüchtert ein und wartete. Herr Jürgen hatte vor seinem Schreibtische einen Spiegel, in welchem er jeden Eintretenden sofort erkennen konnte. Zunächst mußte der Eingetretene einmal geduldig warten. Nach ungefähr fünf bis zehn Minuten hörte man ein ungeduldiges „Was will er?“, worauf er erklärte, was er wollte. blieb es still vorne am Tische, so durfte er sicher sein, daß er das Gewünschte nach gerommener Zeit erhielt. Summte es jedoch jörnig, war er eben jücker, daß nach einer Weile ein wütendes „Raus“ erscholl, und brachte er sich nicht schnell in Sicherheit, dann kam ein Lineal, ein Dinterbüchsen oder sonst ein kaninmäuliger Gegenstand gelagert. Kehrt dann der Laufbursche in seinen Betrieb zurück, mußten die älteren Arbeiter gleich, ob die Nase rot oder blau war, je nachdem er etwas oder nichts mitgebracht hatte.

Im Schürstien war Herr Jürgen auf die Einhaltung der Arbeitszeit. Erwachte er einen, der nur eine Minute vorher seinen Arbeitsplatz verlassen hatte, so gab es ohne Gnade eine Meidung. Deshalb war er wohl von seinen Leuten gefürchtet, aber sie hatten keinen Respekt vor ihm. Hinter seinem Rücken schiffen sie Grimassen, verspotteten, verulken und ärgerten ihn, wo sie konnten. Er wußte das. Deshalb tobte und schloß er mit seinen Arbeitern, wobei er vor ihnen auf dem Kalternhof gelarmelten Wortschlag den ausnehmendsten Gebrauch machte. Das forderte natürlich den Spott und den Haß noch mehr heraus; aber böse und gefährlich waren sie nicht gegen ihn, im Grunde auch er nicht gegen sie.

Peter Göhler fragte in der Fabrikhalle einen Mann: „Wir sind von Herrn Platzmeister geschickt — können Sie mir nicht sagen, wo der Aufseher Scherling ist?“ Der Gefragte hielt mit dem Jagzuschläger inne, sah ihn fest ins Gesicht und erwiderte: „Kolleg — du — immer du“, bei uns gibt es kein „Sie“. Es heißt auch nicht „Herr Platzmeister“, der Name ist viel zu gut für ihn, wir sage „Dachschwanm“. Sie bedenkend: „Ja, ja, wo der Aufseher Scherling ist? Geht hier die Aeppe raus, und wenn ihr einen seht, der die Hände auf dem Hüft hat und kreischt, der ist's.“ Nach dieser Auskunft spuckte er in die Hände und machte sich wieder aus Jagzuschläger.

Die zwei Männer fliegen eine dunkle, muffig-jenische Wendeltreppe empor und kamen in einen überaus schmutzigen, verstaubten Raum, der mit Häfen und Blechbüchsen gefüllt war. Am Boden, an der Wand, auf den Häfen, lag überall lag der Farbstoff in feinsten Pulver, und die Luft schien überfüllt von Millionen feinen Staubpartikeln. Kam man mit der Hand, auf den Kleibern irgendeinen Gegenstand zu nahe, farbte er sofort ab, es gab rote, grüne, blaue, gelbe Flecke.

Peter Göhler und sein Kollege kamen aus dem Neben nicht heraus, die Nase sonderte Stoffe ab, als ob jeder eine Pfife Schmelzler gemessen hätte. Vorerst haben sie keinen Menschen und clebten hier würde überhaupt nicht gearbeitet.

Peters Kollege, Stephan Parzell mit Namen, sagte unter fortwährendem Niesen: „Hier würde ich es noch keine Stunde aushalten.“

Peter erwiderte zustimmend: „Wer hier arbeiten muß, der ist in ein paar Jahren hin.“

Jetzt kamen sie zu einer Ecke und fanden plötzlich mehreren Arbeitern gegenüber, die mit zerschundenen Robärmeln und einem Mundschwamm vor der Nase aus großen Häfen einen allherum wabernden Staub in Blechbüchsen füllten. Hände und Gesicht schillerten ebenfalls rot. Sie haben wie eingepulvert aus. Die Arbeitstücher, ehemals blaue, gelbe, rote Leinwandstücke, waren nicht mehr blau, sondern rot und führten vollständig vor Farbe und Staub. Es war der Alltagskleidung, genannt die Kellerei, wenn sie sich befanden. Einer der schmutzigen, unhygienischen Räume der Fabrik. Welche, verstaubte Wände in beinahe schwarzen, dunklen Abend- und Nachtstimmungen würden es nie für möglich gehalten haben, daß sie Farben mit denen ihre großen Toiletten gefärbt werden, in solchen dumpfen, verstaubten Höhlen verarbeitbar gemacht würden.

Roman von Fritz Molinar

Peter Göhler hustete in sein geblümtes Taschentuch und bemerkte schon blutrote Flecke darin. Einer der Arbeiter nahm seinen Mundschwamm ab und fragte die beiden: „Was wollt ihr hier? Ihr seid wohl neu?“

„Ja, wir wurden heute früh eingestellt und suchen den Aufseher Scherling“, erwiderte Parzell.

„Ihr wäret besser zu Hause geblieben, als hier in diese Dreckbude zu kommen“, entgegnete der andere.

„Ihr Faulenzer, ihr Tagelöhne, ich zieh' euch den ganzen Akkord ab, wenn ihr nicht besser aufpaßt — herum stehen die Kerle wie die Handwerksburschen“, schrie und tobte es plötzlich vom Nebentraum herüber.

„Das ist der Alte“, erklärte darauf der Arbeiter, band seinen Mundschwamm wieder fest, wälzte sich ein neues Faß heran und begann emsig Farbe in die Blechbüchsen zu füllen.

Peter und sein Kollege wollten eben weitergehen, da kam mit wüstem Geschimpfe der Aufseher Scherling in den Raum. Raum hatte er sie gesehen, herrschte er sie auch schon an: „Seid ihr es, die der Platzmeister geschickt hat?“ „Jawohl“, gaben beide fast gleichzeitig zur Antwort. „Sie könnten schon lange hier sein! Wie heißen Sie?“

Sie nannten ihre Namen. Scherling nahm seinen Zwickel ab und brüllte in den Nebentraum: „Vorarbeiter Müller!“

„Herr Scherling“, hallte es laut von dort zurück. Schon stürzte der Gerufene herein und pflanzte sich dienstbeflissen vor dem Aufseher auf.

„Nehmen Sie die zwei Leute und stellen Sie sie beim „Rosaminblau BC 3“ an! Bis Mittag werden hundert Blechbüchsen davon gebraucht. Weichen Sie bei ihnen, damit es richtig gemacht wird.“ Mit diesen Worten waren sie ihrer Arbeit zugewiesen.

Vorarbeiter Müller nahm die beiden in Empfang, erkundigte sich zunächst wieder nach ihren Namen, um ihnen dann ihre neue Tätigkeit zu erklären.

Zwei großen Fässern mußten sie das Rosaminblau, eine ungemischt staubende Farbmasse, in Blechbüchsen füllen, auf einer Handwaage genau wiegen, die Büchsen wieder abstauben, Zettel ankleben und immer je zehn Büchsen in den Packraum tragen. Schwer war die Arbeit nicht. Man mußte jedoch sehr genau aufpassen. Es gehörte auch eine gewisse Geschicklichkeit dazu, die Farbmassen, ohne übermäßig viel Staub aufzuwirbeln, in die Büchsen zu bringen. Schon nach den ersten Büchsen standen Göhler und Parzell in einer dichten Staubwolke. Das Niesen wollte nicht aufhören, die Haut begann zu jucken, sie griffen mit den Händen ins Gesicht und hatten sich bald derart verstaubt, daß sie ausjäten wie blaue, weiße Blumenwägen. Mit blanken Händen sollten sie nicht arbeiten, aber die Handschuhe behinderten ein geschicktes Einfüllen. Peter Göhler war wohl gewohnt, mit trocknen Schaufeln Erdmassen zu bewegen, mit diesen kleinen Ringern fiel ihm mehr Farbe nebenhin als in die Büchsen. Außerdem mußten sie nach jeder gefüllten Büchse einen Strich machen, zur Kontrolle des Vorarbeiters. Solche Arbeiten war er nicht gewohnt.

Vorarbeiter Müller stand unentwegt dabei, erklärte und half ihnen und schimpfte, wenn sich einer gar zu ungeschickt anstellte.

Peters Haare sträubten sich, alles in ihm war in Aufruhr. In was für eine Hölle waren sie geraten? Hier würde er noch keine Woche bleiben. So hatte er sich in der Fabrik nicht im Traum vorgestellt. Das ist ja noch schlimmer als im Zuchthaus. Nein, da würde er keinesfalls bleiben. Mit einem verstockten Blick sah er zu Parzell, der sah schon vollständig verstaubt aus. Er kam sich in seiner blauen Hose und Bluse vor wie ein Sträfling. Sein ganzer innerer Mensch stemmte und sträubte sich gegen die ankere Umgebung. Sein Körper war inwendig ein revoltierender Rebell, der nach außen mit einem Sklavenzug bedeckt und mit Farbstaub überpinselt war.

Ein bitteres Gefühl der Armut, Schwachheit und Nichtigkeit stieg in ihm auf. Es war ihm, als hätte ihn einer mit einer klaffenden Ohrfeige aus einem Dösel geweckt, bloßgestellt, heruntergeschleift. Noch nie war er sich ärmer, kleiner, unscheinbarer vorkommen als jetzt. Wo er schwarz in einer trockenen Staubwolke aus einem großen Faß Farbe in kleine Blechbüchsen füllte, und daß er das tun mußte, ohne sich wehren zu können, ohne fortgehen und mit verzweifelter Wut sagen zu können: Diese Arbeit ist für mich zu schmutzig, wer sie machen will, soll sie machen. Das Gefühl der Ohnmacht, nichts dergleichen tun zu können, sein verletzter Stolz war es, der ihn fast erdrückte. Der actinische Niederschlag schien ihm jetzt einen ehrlicheren, besseren Beruf zu haben als diese Leute hier. Was war er nun? Er, Peter Göhler, der mit so stolzen Hoffnungen von zu Hause auf Arbeit ging, war ein armer, schmutziger Tagelöhner geworden.

Das freie, kalte Gefühl eines wenn auch armen, aber doch unabhängigen Bauern gegen die Knechtsarbeit eines gehobelten Industriearbeiters war es, das in ihm wühlte und rumorte. Und doch war es auch wieder dieses stolze Gefühl, das ihm gleichzeitig sagte: Es muß vorerst aushalten, kannst gar nicht anders, darfst nicht die Hände ins Korn werfen. Was würde der Vater sagen, was die Mutter, seine Frau, die übrigen Ortseinwohner, wenn er nach ein paar Tagen schon wieder heimkäme und gestehen müßte: Ich habe mich verrechnet, auf eine Riese gefaßt und verspielt. Das Gefühl, das es gab, und die schadenfrohen Gesichter. Nein, er mußte schon hierbleiben, bis sich andere Arbeitsmöglichkeiten bieten würden!

Gar zu gern hätte er mit Parzell darüber gesprochen, ihn gefragt, was er denken würde. Aber er wagte es nicht, der Aufseher Scherling tobte schon wieder in der Nähe herum.

Verstohlen betrachtete er die blaugefärbte Gestalt seines Arbeitkollegen. Der machte ein jämmerliches Gesicht. In ihm schien dasselbe vorzugehen wie in Peter.

Etliche Dutzend Büchsen hatten sie schon gefüllt. Der Vorarbeiter sagte ihnen, für jedes Stück gebe es einen Pfennig Akkord und Stundvergütung. Bei hundert Büchsen machte das schon eine Menge Geld aus; sie mußten sich also ipaten.

Peter Göhler und Stephan Parzell hätten lieber auf diesen Akkord und die Stundvergütung verzichtet, wenn ihnen nicht so schmutzige Arbeit zugewiesen worden wäre. Außerdem sagte sich jeder von den beiden, daß eine so geringe Vergütung in gar keinem Verhältnis zu der Stundmenge steht, die sie einbringen müssen. Sie bemerkten in ihrer Staubwolke gar nicht, wie der Vorarbeiter sich die Hände wusch, einen reinen Kiesel anzog und im Weggehen sagte, es wäre jetzt gleich Mittag, sie dürften ihre Arbeit jedoch nicht eher verlassen, bis das Signal ertönte. Jetzt erst spürten sie, daß ihnen der Magen knurrte. Sie hatten noch nicht gefrühstückt.

Kam aber ertönte das Signal zur Mittagspause, da polterte und lärnte es auch schon aus allen Türen, Gängen und Holztreppen gegen den Hof hinunter. Die Holzschuhe klapperten über den Boden, als sei eine ganze Armee auf der Flucht. Vom Hof herauf klang ein Geklapper und Gestoßel wie von einer attackierenden Kavallerieschwadron.

Sie gingen erst ihre Hände waschen; je mehr Wasser sie darüber spülten, desto mehr blau farbte ab. Aus Gesicht kamen sie schon gar nicht raus. Das sah aus, als wäre es von einem geschickten Landhofsammler mit Gläsern und Büchsen andenkungsweise bemalt worden; so viele kleine Starzbüchse hatte der Schweiß in die Haut getri. Dann fliegen sie langsam die frohig-halbdunkle Holzstiege zum Hofe hinunter.

(Fortsetzung folgt.)

Der Schritt aus dem Dunkel.

Von Gerhart Herrmann Mostar.

Im Ungarischen Theater in Budapest traf kurz vor Beginn einer Lustspielaufführung die Abgabe der Hauptdarstellerin, der berühmten Maria Lazar, ein. Der Direktor wollte schon das Publikum bitten, nach Hause zu gehen, als sich plötzlich die Souffleuse, Frau Tallian bereit erklärte, die Rolle durchzuführen.

„Sie...?“ sagte gelehrt der Direktor, fast betroffen vor dieser Möglichkeit, und suchte seinen aufgeregtten Blick auf die Frau zu sammeln, die da in einem farblos grauen Kleide vor ihm stand und sich mit ruhiger Hand über das schon ein wenig graue Haar strich.

„Ausgeschlossen!“ schrie wütend der Regisseur. „Meine Inszenierung ist auf die Lazar abgestimmt. Ich lasse mir meine Inszenierung nicht verpaßten! Wie kommen Sie überhaupt dazu, sich das zuzutrauen?“

„Ich kann jedes Wort der Rolle. Ich habe das Stück an fünfzigmal souffliert.“

„Souffliert! Als ob das Soufflieren...“

Der Direktor unterbrach den aufgeregten Regisseur: „Schnauzen Sie doch Frau Tallian nicht an, die uns hier helfen will. Wollen Sie vielleicht den finanziellen Ausfall tragen, wenn wir die Leute nach Hause schicken?“

„Die Lazar soll spielen, und wenn sie hinkt mit ihrem verstaubten Knöchel!“

„Sie wissen ganz genau, daß das nicht geht.“

„Sind Sie denn früher Schauspielerin gewesen, Frau Tallian?“

„Nur Choristin, und das ist lange her.“

Der Direktor seufzte; lautete noch einmal dem Summen, das fordernd aufzubringen begann; überzählte das Geld, das zu verlieren und zu retten war, und sagte:

„Lassen Sie sich anziehen und schminken, Tallian, — schnell, schnell!“

„Meine Damen und Herren!“ sagte der Direktor vor dem Vorhang. „Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß Frau Maria Lazar auf dem Wege zum Theater gestürzt ist und sich einen Knöchelbruch zugezogen hat. Sie kann deshalb heute nicht auftreten. An ihrer Stelle hat Frau Tallian die Hauptrolle übernommen.“

Der Direktor wollte sich zurückziehen. Da rief einer irgendwoher: „Frau Tallian ist doch die Souffleuse!“

„Jawohl“, sagte jetzt der Direktor mit notgedrungener Tapferkeit in das beginnende Gelächter hinein, „jawohl, Frau Tallian ist unsere Souffleuse. Ich bitte, Frau Tallian ihre Hilfsbereitschaft doppelt hoch anzurechnen!“

Er verschwand hinter dem Vorhang.

Als Frau Tallian auftrat, aus der linken Seitenkulisie, aus der noch gestern die Lazar, und vorgestern und seit fünfzig Abenden die Lazar, und seit nun fünfzehn Jahren ihrer Tätigkeit als Souffleuse immer irgendeine andere aufgetreten war, während sie, die Souffleuse, immer geblieben war — als sie nun auftrat und eine andere in ihrem Souffleurkasten sitzen sah, da packte sie einen kleinen Augenblick lang der Schwindel, die Angst vor dem Gewagen. Aber dann wußte sie wieder, daß sie dies ohne Ehrgeiz tat, und ihre ersten Worte kamen klar und sicher, fast im Tonfall der Lazar.

„Lauter!“ rief einer aus dem Zuschauerraum. „Spielen, nicht soufflieren!“ ergänzte einer, und Gelächter kniffert hinterher.

Sie erzittert. Ach — ist das so? Ist das feindlich da unten, ihr feindlich gestirnt, dieses hundertköpfige Tier mit der grausamen Lachstimme — wird das Kampf, ungleicher Kampf? Das Zittern ist ein paar Sätze lang in ihren Worten, die sie bisher mit unterbewußter Sorgfalt ganz in der Art der Lazar gesprochen hatte. Als sie es festigt hat, das Zittern, kann sie diese Art nicht widerstehen, und gerade beginnt eine der wenigen innerlichen Szenen des leichten Lustspiels, eine Szene der Liebe, des Sichfindens, und was, und wie soll sie tun? Ein Gefühl des Hinabstehens ist in ihr, wie vor einem gewissen Tode oder doch einer Ohnmacht; ihr Partner sieht sie ängstlich an, die Souffleuse schreit aus ihrem Kasten, sie sinkt weiter, sinkt hinab in die Tiefe und in die Vergessenheit ihres Lebens; einmal hat auch sie dieses Bühnenwort gesagt: „Geliebter!“ und hat auch sie Arme um einen Nacken geschlungen.

„Geliebter!“ sagt die Tallian, sagt es so, wie sie, sie es gesagt hat, sagen würde, nicht wie die Lazar das sagt; etwas heiser ist ihre Stimme dabei, man hört die Scham vor dem Wort heraus. Um Gottes willen, werden sie nicht lachen da unten?

Nein, sie lachen nicht. Sie sind ganz still. Vielleicht gehen sie sogar mit? Aber nun ist ihr das beinahe gleichgültig! Nun spielt sie weiter, lebt sie weiter, nun ist die Lazar vollkommen vergessen; nun kommt die Wendung ins Heitere, ein Lachen. Es soll schwer sein, auf der Bühne richtig zu lachen, — aber die Tallian schafft es. Unten lachen sie mit, aber nicht laut, nicht überlegen, nicht heiß — nein, gut, einverstanden lachen sie.

Wie mit einer zärtlich rauschenden Umarmung fällt der Vorhang um sie; rasch muß sie zurücktreten, wieder hinaustrreten — sie klatschen!

„Na also!“ sagte der Direktor, „na also, Tallian, weiter so!“

Weiter so.

Die Akte gleiten mit ihr über die Bühne wie gute, sichere Parken, darauf sie lebt. Immer ist, vor jeder neuen Szene, irgendein Erlebnis aus ihrem menschlichen Sein da, das sich einpassen läßt in die Gänge der Rolle.

Die da unten haben die Frau auf der Bühne schon lange verstanden. Mein Gott, was sind denn das für welche, die da unten? Das sind fast alles solche, wie Frau Tallian eine ist. Die arbeiten des Tags und leben so hin und haben keine Zeit und keine Stimmung für Sehnsüchte und Erfüllung.

Diese Frau Tallian, diese Souffleuse da, dies ist so eine der ihren! Wenn sie auftritt, wird das laute Gelächter, das die anderen Schauspieler wecken, zu einem leisen, empfindsamen Lachen; jawohl, wie du bist, so sind wir, wie du sein möchtest, so möchten wir sein; aber du weißt ja, es geht nicht so, im Grunde sind wir eben doch bloß Souffleusen, und das ist ja auch was Schönes, nicht wahr, liebe Einigungsdiva...?

Nun ist es zu Ende; nun geht das beglückte Lachen der Frau Tallian unter in einem anbrüllenden und immer wieder aufrauschenden und nicht ausflutenden Beifall. Der Vorhangzieher ehnt, daß es Blasen geben wird an den Händen; der Regisseur sagt immerzu: „Morgen wieder, und weiter so, Frau Tallian; ja, wieja, wußte denn da keiner?“

Wieja? Nun, sie hat es doch selbst nicht gewußt, daß sie das einmal können würde; es ist beglückend, es einmal gekonnt zu haben!

Langsam senken sich die müdegeklatschten Hände der vielen, die sie geehrt haben; senken sich, hängen wieder herab, werden wieder Beamtenhände, Arbeiterhände. Und Frau Tallian fragt noch rasch, ehe sie sich abschminkt, im selben Ton, in dem sie das seit fünfzehn Jahren zuweilen gefragt hat:

„Wo ist mein Soufflierbuch? Hat jemand mein Soufflierbuch gesehen...?“